

Landesprogramm · Update 2024



Jüdisches Leben stärken

Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Inhalt

A	Einleitung des Ministerpräsidenten	4
B	Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus	
1	Antisemitismus erkennen und sichtbar machen	6
2	Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft	10
3	Stärkung der Prävention im Sicherheitsbereich	16
4	Konsequente Rechtsanwendung	20
5	Gegen Hass und Radikalisierung im Netz und in den Medien	24
6	Hilfe und Empowerment für die Betroffenen	28
7	Blickfeldschärfung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung	32
8	Sensibilisierung der Zivilgesellschaft	38
9	Das heutige jüdische Leben stärken	44
10	Schulische Bildung und Begegnung	50
11	Demokratiebildung	54
12	Wissenschaft und Forschung	60
13	Jüdisches Erbe und jüdische Kultur	64
14	Gedenken, Erinnern, Sichtbar machen	70
15	Freundschaft mit Israel	76
16	Verbindliche Strukturen schaffen und sichern	82
C	Ausblick	85

Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus

Jüdisches Leben gehört seit über tausend Jahren zur Region des heutigen Landes Sachsen-Anhalt. Diese reichhaltige Tradition gilt es zu bewahren und an vielen Stellen neu sichtbar zu machen. Zugleich ist auch unsere Region von einer langen, beschämenden Tradition des Antisemitismus geprägt.

In den zurückliegenden Jahrzehnten entfaltet sich glücklicherweise auch in unserem Land jüdisches Leben wieder neu. Im Jahr 2023 wurden zwei neue Synagogen eingeweiht. Die jüdische Gemeinschaft ist heute ein fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Doch der Terroranschlag vom Oktober 2019 auf die Synagoge in Halle (Saale) offenbarte die mörderische Dimension des Antisemitismus einmal mehr auf erschütternde Weise.

Die Stärkung des jüdischen Lebens und der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus: beides gehört für die Landesregierung zusammen und bildet den Rahmen für das „Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“.

Die Landesregierung hat dieses Programm am 6. Oktober 2020 erstmals beschlossen. Die Beschlussfassung unterstreicht ihre Überzeugung, dass der Einsatz für jüdisches Leben

und gegen Antisemitismus alle Bereiche der Landespolitik, letztlich unserer ganzen Gesellschaft, betrifft und dass die Vorhaben des Programms zeitnah, konkret und nachhaltig in politisches Handeln überführt werden müssen.

Das Landesprogramm hat durch den Beschluss des Landtages „Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten“ vom 4. Februar 2021 wichtige Unterstützung erhalten. Daran anschließend haben die Festlegungen im Koalitionsvertrag für die 8. Legislaturperiode des Landtags die Notwendigkeit zur Umsetzung erneut bekräftigt und ihr eine besondere Priorität zuerkannt.

Der Beschluss vom Oktober 2020 ist mit dem Auftrag an die Staatskanzlei verbunden, der Landesregierung über die Umsetzung des Programms zu berichten. Dies erfolgte durch einen Ersten Umsetzungsbericht am 30. November 2021 und einen Zweiten am 21. November 2023. Letzterer wurde für ein umfassendes Programm-Update genutzt und bildet, ergänzt um weitere Informationen, die Grundlage für die hier vorliegende Publikation.

Der Bericht wurde unter Federführung des „Ansprechpartners“ in der Staatskanzlei in

Zusammenarbeit mit allen Ministerien erarbeitet. Er dient zum einen der Vergegenwärtigung der Landesregierung über ihr Tun, fragt also: Wo stehen wir bei der Umsetzung der festgelegten Ziele? Wo geht es voran und wo stagniert die Umsetzung? Was ist als Nächstes zu tun? Er dient zum anderen der Vergegenwärtigung im Dialog mit der jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt über den Stand der Zusammenarbeit. Und er dient drittens der Information der Öffentlichkeit und lädt insofern auch zum Diskurs darüber ein, was weiterhin oder auch neu zu tun notwendig ist. Hinweise des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden und des Beirats für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt zum Gesamtbericht sowie von RIAS Sachsen-Anhalt und OFEK Sachsen-Anhalt zu einzelnen Themen sind eingeflossen.

Der Bericht folgt im Aufbau mit seinen 16 thematischen Kapiteln dem ursprünglichen Landesprogramm. Das Kapitel „Das heutige jüdische Leben stärken“ ist allerdings deutlich nach vorne gerückt. Der Aspekt des „für“ soll perspektivisch stärker in den Vordergrund treten, auch wenn das Programm weiterhin in erheblichem Maße „gegen“ Antisemitismus ausgerichtet sein muss. Der Bericht benennt in seinen einzelnen Kapiteln jeweils im dreistufigen Aufbau zunächst die im Jahr 2020 gesteckten Ziele, fragt dann nach dem Stand ihrer Umsetzung und trifft Festlegungen für die aktuelle Agenda im Jahr 2024.

Sachsen-Anhalt war im Jahr 2020 das erste Land in Deutschland, das eine entsprechende Gesamtstrategie vorgelegt hat. Inzwischen sind weitere Länder gefolgt. Die Strategien fügen sich in eine inzwischen erarbeitete EU-Strategie und einen Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung ein. Die verschiedenen



Präsentation zu jüdischem Leben auf der EinheitsEXPO 2021 in Halle (Saale)

Strategien nehmen aufeinander Bezug und setzen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeitsebenen aufeinander abgestimmte Prioritäten.

Die abschließende Redaktion dieses Berichts steht im Schatten des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und seiner furchtbaren Folgen. Dieser Angriff markiert neuerlich eine tiefgreifende Zäsur. Er beeinflusst auch die Situation der jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt in hohem Maße sowie alle Bemühungen zu ihrer Unterstützung. Gleichwohl, ja umso mehr gilt: Sachsen-Anhalt ist entschlossen, für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus mit aller Entschiedenheit einzutreten.

Dr. Reiner Haseloff
Mitglied des Landtages,
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Antisemitismus erkennen und sichtbar machen

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Errichtung der Meldestelle RIAS-Sachsen-Anhalt und deren finanzielle Absicherung
- » Dauerhafte Verknüpfung der Informationen von Meldestelle, Polizei, Justiz und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu einem ganzheitlichen Bild
- » Nutzung der IHRA-Definition für die Arbeit von Landesregierung, Landtag, Kommunen und Zivilgesellschaft

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Die vielfach beschriebene Differenz, dass die jüdische Gemeinschaft Antisemitismus als eine alltägliche Erfahrung beschreibt, was die Mehrheitsgesellschaft aber so nicht wahrnimmt, bleibt aktuell. Deshalb ist der Aspekt des Erkennens und Sichtbar-Machens so wichtig.

Die Meldestelle Antisemitismus Sachsen-Anhalt (RIAS steht für Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) wurde errichtet und in das bundesweite System zivilgesellschaftlicher Monitoringstellen, koordiniert durch den Bundesverband RIAS e.V.,

integriert. Sie erfasst antisemitische Vorfälle im Land in Ergänzung zur Erfassung der Sicherheitsbehörden und gibt Betroffenen erste Hilfestellung. Entsprechende Mittel sind im Haushalt der Staatskanzlei eingestellt und für die Folgejahre eingeplant. Nach einem Wechsel in der Trägerschaft liegt diese seit Anfang 2022 bei OFEK e.V. Mit der Verbindung von Meldung und Hilfestellung ist hier eine gute Synergie entstanden. Der Koalitionsvertrag bekräftigt die strategische Bedeutung von RIAS Sachsen-Anhalt.

Über einen ersten Sachbericht zum 31.12.2022 wurde seitens RIAS Sachsen-Anhalt dargelegt, wie der Aufbau der Meldestelle realisiert

werden konnte und sich nach dem Trägerwechsel ein funktionsfähiges System etabliert hat. Am 27. Juni 2023 hat die Meldestelle erste Ergebnisse ihrer Arbeit öffentlich vorgestellt. Demnach wurden im ersten Beobachtungsjahr 2022 in Sachsen-Anhalt 47 Vorfälle bearbeitet. Unter Berücksichtigung eines Dunkelfeldes und in Relation zur vergleichsweise kleinen jüdischen Gemeinschaft im Land wird dies bereits als relevant eingestuft. Absehbar ist, dass die Zahl ermittelter Vorfälle 2023 steigen wird. Zum Vergleich: RIAS Bund meldet für das Jahr 2022 bundesweit 2.480 Vorfälle, darunter mit neun Fällen einen bisherigen Höchststand an Fällen extremer Gewalt.

Nach dem Terrorangriff in Israel am 7. Oktober 2023 beobachtet RIAS bundesweit einen massiven Anstieg antisemitischer Anfeindungen, wobei israelbezogener Antisemitismus deutlich dominiert.

Das RIAS-Meldenetzwerk ist für Sachsen-Anhalt noch in der Phase der Etablierung. Aus Sicht der Landesregierung stellt es eine wichtige Ergänzung zum bereits vorhandenen Monitoring der Sicherheitsbehörden über die Erfassung politisch motivierter Kriminalität (PMK-Statistik) dar. Die Landesregierung hält eine dauerhafte Etablierung der RIAS-Meldestelle für wichtig. Sie ist niedrigschwellig und zielgruppenspezifisch und kann Betroffene deshalb häufig besser erreichen. Sie nimmt die Perspektive der Betroffenen ein und unterscheidet deshalb zunächst einmal nicht, ob die Vorfälle als strafbar eingeschätzt werden oder nicht.

Die Ergänzung ist auch mit Blick auf die bereits existierenden, vom Land seit langer Zeit geförderten Mobilen Opferberatungsstellen (MOB) wichtig, die natürlich ebenfalls mit antisemitischen Vorfällen konfrontiert

sind. Die Mobile Opferberatung berichtet im Jahresbericht 2022 von neun Angriffen mit elf Betroffenen, bei denen Antisemitismus das zentrale Tatmotiv darstellte. 2021 wurde von fünf Fällen berichtet.

Die Verknüpfung der Informationen von Polizei, Meldestelle RIAS und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren und deren verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten ist eine Daueraufgabe. Dies betrifft auch den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit der Justiz. Das Landesprogramm nimmt deshalb als Zielstellung in den Blick, die Ergebnisse aus den verschiedenen Erfassungsquellen (PMK-Statistik, Erkenntnisse der Justiz, zivilgesellschaftliches Monitoring) zu einer Gesamtbetrachtung zusammenzufassen. Die entsprechenden Bemühungen stehen aber immer noch am Anfang.

Im März 2023 traf sich ein „Runder Tisch zu antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ zu seiner konstituierenden Sitzung. Mit ihm sollen die Bemühungen zur Sichtbarmachung antisemitischer Vorfälle und zum Schutz der jüdischen Gemeinschaft im Land zukünftig enger vernetzt werden. Vertreten waren auf Einladung des Ansprechpartners in der Staatskanzlei die Landespolizei, die Generalstaatsanwaltschaft, das Innen- und das Justizministerium, der jüdische Landesverband und die zivilgesellschaftliche Meldestelle RIAS. Die Teilnehmenden haben vereinbart, sich in Zukunft in einem festen Turnus, etwa zweimal jährlich, zu treffen, um Beobachtungen und Einschätzungen zu antisemitischen Vorfällen im Land auszutauschen sowie Vorgehensweisen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten miteinander abzustimmen.

Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik sind nach bundesweit vereinbarten Kriterien

der Teil der Hasskriminalität, welcher aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird. Die Kriterien stammen aus dem Jahr 2001. Sie sind seither mehrfach fortentwickelt worden, unter anderem durch Aufnahme der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) im Jahr 2021, sie gelten jedoch nach Ansicht vieler Experten als nicht mehr zeitgemäß. Deshalb hat die Konferenz der Innenministerien von Bund und Ländern (IMK) im Dezember 2022 eine Weiterentwicklung der PMK-Kriterien in Angriff genommen, um die Erfassung antisemitischer Straftaten grundlegend zu überprüfen. Die Arbeit daran dauert an. Auch Hinweise aus der Zivilgesellschaft sollen berücksichtigt werden.

Die Landesregierung hat am 16. März 2021 beschlossen, die IHRA-Definition von Antisemitismus für ihre Arbeit zu nutzen. Ebenso empfiehlt sie dies dem Landtag, den Kommunen sowie zivilgesellschaftlichen Organisa-

tionen. Der Ansprechpartner hat im Nachgang bei sehr vielen Vereinen und Verbänden in Sachsen-Anhalt für das Anliegen geworben, auf das inzwischen erschienene Handbuch der EU-Kommission zur praktischen Anwendung der Definition hingewiesen und seine Unterstützung bei der Implementierung angeboten. Die Resonanz darauf ist bisher gering.

Andererseits gibt es in den letzten Jahren – angeregt durch die IHRA-Definition, aber auch durch bundesweite Debatten zum Beispiel anlässlich der documenta fifteen – eine breite, durchaus kontroverse gesellschaftliche Debatte um die Frage, was Antisemitismus ist, was seine Besonderheit ausmacht und wie antisemitische Vorfälle einzuordnen sind. Diese Debatte sollte auch in Sachsen-Anhalt stärker geführt werden. Aufgabe der Landesregierung sollte es sein, dafür gute Impulse zu geben, eingebettet in die Thematisierung vielfältiger Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Ziele 2024

- » Dauerhafte Etablierung von RIAS Sachsen-Anhalt
- » Bessere Verknüpfung der Informationen von Meldestelle, Polizei, Justiz und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren zu einem ganzheitlichen Bild
- » Fortführung des Runden Tisches zu antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt
- » Impulse für eine vertiefte gesellschaftliche Debatte zum Thema Antisemitismus und zu anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?



Meldestelle
Antisemitismus
RIAS Sachsen-Anhalt

Was tun bei antisemitischen Vorfällen?

Es ist wichtig, dass antisemitische Vorfälle sichtbarer werden. Dazu ist es notwendig, so viele dieser Vorfälle wie möglich zu dokumentieren und wenn möglich auch zur Anzeige zu bringen. RIAS Sachsen-Anhalt hilft dabei. Die Meldestelle dokumentiert und analysiert antisemitische Vorfälle, vermittelt weiterführende Betreuung und Beratung und unterrichtet die Öffentlichkeit. RIAS Sachsen-Anhalt ist Teil eines bundesweiten Netzwerks, das nach gemeinsamen professionellen Kriterien arbeitet.

Das Erleben von Betroffenen steht im Vordergrund. RIAS hält engen Kontakt zur jüdischen Gemeinschaft im Land, aber auch zu den Sicherheitsbehörden. Kontaktaufnahme ist niedrigschwellig und jederzeit, auch anonym, über die Webseite, Telefon, E-Mail oder persönlich möglich.



Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt
<https://ofek-beratung.de/rias-sachsen-anhalt>



Hier können Sie direkt Vorfälle an RIAS melden
<https://report-antisemitism.de/>



Hotline RIAS Sachsen-Anhalt
+49 345 131 83 036
+49 345 131 83 031

Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Umsetzung der Sicherheitsvereinbarung, kontinuierliche Durchführung der notwendigen baulich-technischen und Wachschutzmaßnahmen
- » Klärung der Sicherheitsfragen bezüglich Kultureinrichtungen und Gedenkstätten mit Bezug zur jüdischen Tradition und Geschichte

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Sicherheit für die jüdische Gemeinschaft hat unverändert höchste Priorität.

Dies ist leider notwendig. Die PMK-Auswertung des Bundeskriminalamts vermeldet für das Jahr 2022 einen Anstieg der Hasskriminalität um 7 % auf 11.520 Fälle. Darin sind 2.651 antisemitische Straftaten enthalten, die zu 82,7 % dem rechten Phänomenbereich zugeordnet sind. Bei den antisemitischen Gewaltdelikten (88 Fälle) und darin enthaltenen Körperverletzungen (61 Fälle) sind deutliche Anstiege zu verzeichnen. Zudem gab es 2.804 Straftaten gegen religiöse Repräsentanten, 78 % hiervon werden als antisemitisch ge-

kennzeichnet. Auch 28 Angriffe auf Synagogen wurden erfasst.

Auf Landesebene wurden im Jahr 2022 durch das Landeskriminalamt 144 antisemitische Straftaten registriert, gegenüber 111 im Jahr 2021. Zu beobachten ist ein kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen seit 2017. Im Vordergrund stehen Volksverhetzungen, Beleidigungen, Propagandadelikte und Sachbeschädigungen. Knapp ein Viertel der antisemitischen Straftaten wurde im Internet begangen. Seit dem Angriff der Hamas in Israel beobachten die Sicherheitsbehörden auch in Sachsen-Anhalt einen starken Anstieg an Vorfällen, vorwiegend bei antiisraelischen Kundgebungen und in den Sozialen Medien.

In den Verfassungsschutzberichten des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 2021 und 2022 wird über den Antisemitismus diverser extremistischer Personenzusammenschlüsse in unterschiedlichen Phänomenbereichen des politischen Extremismus informiert. So wird im Kapitel „Rechtsextremismus“ mehrfach auf das antisemitische Weltbild diverser Akteure innerhalb dieser Szene verwiesen; in einem eigenständigen Unterkapitel werden antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten behandelt. Auch in den Kapiteln „Linksextremismus“, „‘Reichsbürger‘ und ‘Selbstverwalter‘“ und „Islamismus“ wird darüber informiert, dass Teile dieser extremistischen Szenen antisemitische Propaganda verbreiten.

Diese Ausgangslage bestimmt weiterhin das Handeln der Sicherheitsbehörden im Land. Die polizeiliche Präsenz an Synagogen, Einrichtungen und bei Veranstaltungen bleibt hoch. Dazu gibt es leider bisher keine Alternative.

Die Kommunikation zwischen Gemeinden und Sicherheitsbehörden wird inzwischen beiderseits als kontinuierlich und vertrauensvoll beschrieben. Die Regelungslage zum Informationsaustausch wurde weiter konkretisiert. Die Behördenleitungen der Polizeiinspektionen Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau-Roßlau führen regelmäßig Gespräche mit den jüdischen Gemeinden und stehen ihnen jederzeit als verlässliche und vertrauliche Ansprechpartner zur Verfügung. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Stendal existiert keine jüdische Gemeinde.

Zum Zweck der Finanzierung baulich-technischer Sicherungsmaßnahmen an Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft, deren Wartung und zu Wachpersonal hat das Land mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt sowie den an der allgemeinen

Landesförderung partizipierenden jüdischen Gemeinden zunächst eine Zusatzvereinbarung zum allgemeinen Staatsvertrag und mit Wirkung ab dem Jahr 2022 einen separaten Staatsvertrag geschlossen. Auf der Grundlage von Zusatzvereinbarung und Staatsvertrag hat das Land in den Haushaltsjahren 2020 bis 2023 im Haushalt des Ministeriums für Inneres und Sport Haushaltsmittel in Höhe von etwa 8,9 Mio. Euro für die Sicherung jüdischer Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Die Festlegung der Finanzbedarfe und die Verteilung der Mittel für die einzelnen Objekte obliegt, auf der Grundlage sicherheitstechnischer Empfehlungen des Landeskriminalamtes, einer Gemeinsamen Kommission, bestehend aus dem Landesverband Jüdischer Gemeinden und dem Ministerium für Inneres und Sport unter Beteiligung der Staatskanzlei. Sowohl alle wesentlichen an den Bestandsobjekten vorgesehenen baulich-technischen Sicherungsmaßnahmen als auch die an den Synagogenneubauten in Magdeburg und Dessau-Roßlau erforderlichen Maßnahmen konnten im Laufe des Jahres 2023 zum Abschluss gebracht werden. Die Zusammenarbeit in der Gemeinsamen Kommission wird von allen Beteiligten als konstruktiv und vertrauensvoll wahrgenommen.

Für Maßnahmen in den kommenden Jahren, die vor allem die Wartung und Instandsetzung betreffen und die voraussichtlich in deutlich geringerem Umfang kostenwirksam sein werden, wird auf Grundlage des Staatsvertrages jeweils Haushaltsvorsorge getroffen. Weiterhin werden jährlich Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen die Gemeinden Wachpersonal für den Schutz von Einrichtungen, die dem jüdischen Gemeindeleben dienen, finanzieren können. Im Haushaltsplan des Landes für das Jahr 2024 und in der



Mahnmal für die Opfer des Terroranschlags am 9. Oktober 2019 in Halle (Saale)



Grundsteinlegung für die neue Synagoge in Magdeburg

Ziele 2024

- » Kontinuierliche Erfüllung der durch den Sicherheits-Staatsvertrag gegebenen Zusagen
- » Beibehaltung einer der Situation angemessenen Polizeipräsenz
- » Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und den jüdischen Gemeinden auf allen Ebenen

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Mittelfristigen Finanzplanung ist dies berücksichtigt. Entsprechend wird die Gemeinsame Kommission ihre Arbeit auch in den Folgejahren fortsetzen. Schutzmaßnahmen der Polizei werden weiterhin unabhängig davon ergriffen.

Bei den Gedenkstätten und Kultureinrichtungen des Landes, die ebenfalls immer wieder von antisemitischen Handlungen – meistens Sachbeschädigungen und Schmierereien – betroffen sind, wurden inzwischen vom Landeskriminalamt Empfehlungen erarbeitet, deren Umsetzung in den Einrichtungen suk-

zessive in Angriff genommen wird oder teilweise auch bereits umgesetzt worden ist.

Im August 2023 hat die IMK einen umfassenden Bericht zum Schutz des jüdischen Lebens in Deutschland beraten, die seit dem Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) in besonderer Weise forcierten Maßnahmen auf Seiten des Bundes und aller Länder begrüßt und angekündigt, auf sich entwickelnde Gefährdungslagen weiterhin proaktiv zu reagieren. Diese Beschlusslage wurde im Dezember 2023 infolge des Terrorangriffs auf Israel erneut verstärkt.



Blick in den Innenraum der neuen Weill-Synagoge in Dessau-Roßlau

Aus der Praxis



Interview
mit Mario Schwan,
Landespolizeidirektor

Wie hat sich der Anschlag vom 9. Oktober 2019 auf die Arbeit der Landespolizei ausgewirkt?

Für die Landespolizei hat der Schutz jüdischen Lebens vor terroristischen Gewalttaten und politisch motivierter Kriminalität höchste Priorität. Der antisemitische Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) stellt für die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt sowie der Bundesrepublik Deutschland eine Zäsur dar. Die kritische Aufarbeitung des polizeilichen Handelns – sowohl polizeiintern als auch mit den externen Partnern – hat zu einer Neuausrichtung der polizeilichen Aufgaben- und Einsatzbewältigung sowie zu weitreichenden Neuerungen in der Aus- und Fortbildung der gesamten Landespolizei geführt.

Welche Auswirkungen hat der Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 für Sachsen-Anhalt?

Notwendig ist eine erhöhte Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen. Es ist festzuhalten, dass das bestehende hohe Niveau bei den Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt unverändert beibehalten wird. Frühzeitig nach Bekanntwerden des Angriffs auf Israel wurde die Landespolizei umgehend sensibilisiert, die schon engen Schutzmaßnahmen mit höchster Priorität umzusetzen. Die Polizeibehörden in Halle (Saale), Magdeburg und Dessau-Roßlau stehen zudem in einem engen Austausch mit den jüdischen Gemeinden. Anlassbezogene Versammlungen könnten dazu genutzt werden, dass Einzelpersonen oder Gruppierungen antiisraelische und antisemitische Narrative mit dem Ziel verbreiten, die Angriffe der Hamas und damit in Verbindung stehende Verbrechen zu rechtfertigen oder gar zu verherrlichen. Dies gilt es mit aller Konsequenz zu verhindern. Antisemitische Hetze und Gewalt unter dem Deckmantel der Versammlungs- und Meinungsfreiheit darf es in Sachsen-Anhalt nicht geben. Die Landespolizei wird dies auch nicht dulden und dem mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent entgegenzutreten.

Welche zukünftigen Herausforderungen für die Polizeiarbeit sehen Sie mit Blick auf Antisemitismus?

Sicherheit und Verantwortung für die Freiheit sowie Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt sind Grundwerte für die Landespolizei. Die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft wird im polizeilichen Alltag eine unverändert hohe Priorität behalten. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Rassismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz und damit auch nicht in der Landespolizei Sachsen-Anhalt. Antisemitisch motivierte Straftaten oder auch Vorkommnisse unterhalb der Strafbarkeitsgrenze stehen daher weiterhin im Fokus der Landespolizei. Der Stärkung der Aus- und Fortbildung aller Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im Hinblick auf das jüdische Leben in Deutschland und Sachsen-Anhalt sowie die Stärkung der interkulturellen Kompetenz kommen dabei eine wesentliche Bedeutung zu.

Wie kann ich Kontakt zu den zuständigen Polizeiinspektionen (PI) aufnehmen?

Kontakt

**PI Dessau-Roßlau**

Telefon: +49 340 6000 0

<https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/polizeiinspektion-dessau-rosslau>**PI Halle (Saale)**

Telefon: +49 345 224 0

<https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/polizeiinspektion-halle-saale>**PI Magdeburg**

Telefon: +49 391 546 0

<https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/polizeiinspektion-magdeburg>**PI Stendal**

Telefon: +49 3931 682 292

<https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/polizeiinspektion-stendal>**PI Zentrale Dienste**

Telefon: +49 391 5075 0

<https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/polizeiinspektion-zentrale-dienste-sachsen-anhalt>**Fachhochschule Polizei**

Telefon: +49 3473 960 0

<https://fh-polizei.sachsen-anhalt.de/startseite-fachhochschule/>**Landeskriminalamt**

Telefon: +49 391 250 0

<https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/landeskriminalamt-sachsen-anhalt>

Stärkung der Prävention im Sicherheitsbereich

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Weitere Stärkung der Präventionsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden insbesondere im niedrigschwelligen Bereich
- » Verbesserung der Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, jüdischen Gemeinden und Zivilgesellschaft

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Die Landespolizei hat die kritische Diskussion der letzten Jahre zum Anlass für eine grundlegende interne Aufbereitung genommen, in die die Schlussfolgerungen des Berichts des 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 14. April 2021 ebenso einfließen wie die der Sonderkommission zu institutionellem Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Landespolizei vom März 2021.

Zum 1. August 2022 konnte ein Polizeirabbinat für die Landespolizei eingerichtet werden. Die entsprechende Vereinbarung unterzeich-

neten der Vorsitzende des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt und die zuständige Ministerin für Inneres und Sport.

Die Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt hat im Auftrag des Ministeriums eine ganzheitliche Konzeption zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz in der Landespolizei erarbeitet, welche auf den aktuellsten Forschungserkenntnissen basiert. Diese Konzeption wird derzeit umgesetzt und schließt sowohl die Ausbildung und das Studium als auch die Fortbildung ein. Ziel aller Maßnahmen ist es, die polizeispezifische interkulturelle Kompetenz zu stärken und das Verständ-

nis von Polizeibeamtinnen und -beamten für die Perspektive unterschiedlicher Weltanschauungen allgemein (kulturell, religiös) sowie von Opfern zu steigern. Zudem soll die Resilienz gegenüber extremistischem Denken und gegenüber gruppenbezogenen Vorurteilen gestärkt werden.

Opferschutz ist in die Konzeption unter der Prämisse „Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns“ integriert. Zielstellung ist neben der Darstellung psychologischer Prozesse bei Opfern von Straftaten insbesondere auch die Sensibilisierung aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für die Aufgabe des Opferschutzes, für die Position und die Rechte von Opfern im Strafverfahren. Aspekte zum Opferschutz bei antisemitischen Beleidigungen oder Gewalttaten finden umfänglich Berücksichtigung.

In Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wurden Workshops zu rassistischer und diskriminierender Sprache entwickelt, die seit dem zweiten Quartal 2023 in der Landespolizei durchgeführt werden. Ziel der Workshops ist es, bei den Teilnehmenden zunächst ein Bewusstsein für die Wirkung von Sprache zu schaffen und sie auf dieser Grundlage für gewaltvolle Nutzung von Sprache zu sensibilisieren.

In diversen Informationsmaterialien des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt wird antisemitische Propaganda als Bestandteil extremistischer Aktivitäten behandelt. Eine von der Verfassungsschutzbehörde erstellte Broschüre zum sogenannten legalistischen Islamismus mit dem Titel „Extremistisch und gesetzeskonform?“ enthält ein Kapitel, das über den Antijudaismus und Antisemitismus der Muslimbruderschaft informiert.

Die Broschüre „Kennzeichen des Rechtsextremismus“ und das dazugehörige Plakat, die über rechtsextremistische Codes, Symbole, Bekleidung, Runen und Zeichen aufklären, enthalten u.a. Darstellungen antisemitischer Codes. Der Verfassungsschutz des Landes hält zudem die vom Bundesamt für Verfassungsschutz herausgegebenen Broschüren „Antisemitismus im Rechtsextremismus“ und „Antisemitismus im Islamismus“ vor, um sie im Rahmen seiner Präventionsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit an Bedienstete der Landes- und Kommunalverwaltung, Multiplikatoren und die interessierte Öffentlichkeit zu verteilen.

Antisemitische Propaganda kann man, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, in allen Phänomenbereichen des politischen Extremismus beobachten. Die Sensibilisierung für antisemitische Verschwörungsnarrative, Codes und Symbole ist daher ein wesentlicher

Einsetzung des Polizeirabbinats und Einführung von Polizeianwärtinnen und -anwärtern in der Synagoge in Halle (Saale)



Bestandteil der Präventionsmaßnahmen der Verfassungsschutzbehörde. In Schulungen für Multiplikatoren und Vortragsveranstaltungen, die der Verfassungsschutz zu den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Reichsbürgerszene, Linksextremismus und Islamismus durchführt, werden jeweils auch Beispiele für antisemitische Propaganda dargestellt und erläutert. Multiplikatoren aus der Landesverwaltung, den Kommunen, aus Bildungseinrichtungen und Unternehmen, aber auch interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen so befähigt werden, auch subtilere und codierte Formen von Antisemitismus zu erkennen.

Seit 2014 besteht im Ministerium für Inneres und Sport das Ausstiegshilfe-Programm EXTRA (Extremismus-Ausstieg), das seitdem erfolgreich ausstiegswillige Rechtsextremisten bei der Lösung von der Szene und der



Gedenkstele am Standort der ehemaligen Synagoge in Dessau-Roßlau

Ziele 2024

- » Stärkung der Präventionsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden als Daueraufgabe – insbesondere im niedrigschwelligen Bereich
- » Weitere Verbesserung der Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, jüdischen Gemeinden und Zivilgesellschaft, unter anderem mit Hilfe des Polizeirabbinats

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Deradikalisierung begleitet und unterstützt. EXTRA wurde zunächst als Modellprojekt eingerichtet und im Jahr 2022 als Regelangebot zur tertiären Prävention verstetigt. Auch für 2024 stellt das Ministerium die entsprechenden Haushaltsmittel bereit. EXTRA verfügt im Land über ein gutes Netzwerk von Partnern, das kontinuierlich ausgebaut werden konnte, regelmäßig Hinweise auf potenzielle Klienten liefert und sich positiv auf die Unterstützungsprozesse auswirkt.

Auch wenn die Arbeit von EXTRA grundsätzlich auf den Bereich des Rechtsextremismus ausgerichtet ist, ist das Programm offen für Ausstiegswillige aus den Phänomenbereichen „Reichsbürgerszene“ und „Verfassungsfeindliche Delegitimierung des Staates“, da verschwörungsideologische Radikalisierungen den Einstieg in andere extremistische Phänomenbereiche begünstigen können, in denen ähnlich gelagerte Radikalisierungsmuster bestehen.

Aus der Praxis

Wie gelange ich an die Informationen des Landesverfassungsschutzes?



<https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/publikationen>

Konsequente Rechtsanwendung

Welche Ziele sollten im Landesprogramm
aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Fortentwicklung des Gemeinsamen Runderlasses zur „Richtlinie über die Verfolgung politisch motivierter Straftaten“
- » Stärkung der Handlungsmöglichkeiten von Polizei und Justiz
- » Sensibilisierung und Blickfeldschärfung durch Nutzung der Möglichkeiten der „Zentralen Staatschutzkontakt- und koordinierungsstelle“ der Generalstaatsanwaltschaft und des Verfassungsschutzes
- » Überprüfung des Rechts und der Rechtsanwendung bei Versammlungen

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Mit Blick auf die in den letzten Jahren durch den Bundesgesetzgeber vorgenommenen Verschärfungen im Strafrecht wird zu beobachten sein, ob und wie dies im Land Sachsen-Anhalt angewendet wird. Eine Prüfung weitergehender rechtlicher Möglichkeiten ist im Nachgang zum Terrorangriff der Hamas bundesweit auf der Tagesordnung. Die Wahrnehmung von Betroffenen, dass der Rechtsstaat auch tatsächlich und für sie nachvollziehbar handelt, ist für die Bekämpfung von Antisemitismus entscheidend.

Die von den Regierungschefs berufene „Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“, dem für Sachsen-Anhalt der Ansprechpartner in der Staatskanzlei angehört, hat im November 2021 eine Erklärung zum Thema „Antisemitismus und Justiz“ abgegeben. Darin wird herausgestellt, wie essentiell für Betroffene antisemitischer Übergriffe das Vertrauen in die Justiz ist. Deshalb ist die Kommunikation von Gerichten und Staatsanwaltschaften über ihre Entscheidungen ganz zentral. Das Anliegen, alle rechtlichen Mittel auch tatsächlich zu nutzen,

um Strafverfahren durchzuführen, muss den Betroffenen deutlich werden. Dies bedeutet, dass keine Einstellungen nach Opportunität erfolgen sollten und von Verweisungen auf den Privatklageweg abgesehen werden sollte. Notwendig sind Staatsanwaltschaften, die intensiv mit den antisemitischen Kontexten vertraut sind, dass die Thematik verpflichtend in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Justiz aufgenommen wird und geeignete Leitfäden zur Verfügung stehen. Die Einsetzung von Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften oder den Staatsanwaltschaften wird ebenfalls angeregt.

Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister hat diese Hinweise mit Beschluss vom 16. Juni 2021 aufgegriffen. Die Aufdeckung und konsequente Ahndung antisemitischer Straftaten sowie die nachdrückliche Verfolgung und die regelmäßige Bejahung des öffentlichen Interesses an der Verfolgung antisemitischer Straftaten werden darin als wichtige Schritte bezeichnet. In ihrer Konferenz im Juni 2022 haben die Justizministerinnen und Justizminister die Thematik erneut aufgegriffen und eine gezielte und effiziente Bekämpfung antisemitischer Straftaten als permanente Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden bekräftigt. Dabei waren sie sich darüber einig, dass zur bestmöglichen Erfüllung dieser Aufgabe das Erkennen antisemitischer Hintergründe von Straftaten, deren nachdrückliche Verfolgung und die Ermutigung der Opfer antisemitischer Straftaten zur Anzeigeerstattung gehören. Besonders wichtig dafür sind die Förderung einer einheitlichen Rechtsanwendung sowie deren Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit.

Das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt hat diese



Gedenktafel für die Opfer des Terroranschlags neben dem Eingang zur Synagoge in Halle (Saale)

Impulse intensiv aufgegriffen. Es wurde ein Referat gebildet, welches sich im Jahr 2022 den konzeptionellen Umsetzungen gewidmet hat. Im Ergebnis wurde neben den bereits bestehenden Sonderdezernaten für politisch motivierte Kriminalität bei den Staatsanwaltschaften des Landes und der „Zentralen Staatsschutzkontakt- und koordinierungsstelle“ bei der Generalstaatsanwaltschaft eine neue „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ bei der Staatsanwaltschaft Halle (Saale) gebildet, welche seit Mai 2023 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Zudem wurde im Dezember 2022 bei der Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg ein Antisemitismusbeauftragter der Justiz benannt.

Ziel der Bestellung eines Beauftragten der Justiz ist es, durch einen Dialog mit den Jüdischen Gemeinden und weiteren Institutionen

und Organisationen jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt das Vertrauen der Gesellschaft in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten und damit der Jüdinnen und Juden in den Schutz durch den Rechtsstaat zu stärken.

Der Beauftragte hat eine Koordinierungs- und Vernetzungsfunktion. Er steht innerhalb der Justiz als zentraler Ansprechpartner für Fragen bei antisemitischen Straftaten, etwa zur Bewertung antijüdischer Aspekte eines Tatgeschehens, zur Verfügung. Auch ist er in Angelegenheiten der Verfolgung von Straftaten zentraler Ansprechpartner der Justiz für Institutionen und Organisationen des jüdischen Lebens. Er pflegt zudem den Informations- und Erfahrungsaustausch mit der Polizei und weiteren Behörden. Zu den weiteren Aufgaben gehört die Initiierung von Fortbildungsmaßnahmen sowie Beratung von Kolleginnen und Kollegen. Der Antisemitismusbeauftragte der Justiz wirkt auf eine einheitliche staatsanwaltschaftliche Strafverfolgungspraxis hin. Dazu bereitet er einen Leitfaden vor, der sich unmittelbar an die Staatsanwälte, insbesondere die Staatsschutzdezernenten, richtet. Er soll fortlaufend fortgeschrieben werden. Ermittlungsverfahren bearbeitet er selbst nicht. Über seine Tätigkeit berichtet er jährlich.

Die Abstimmung zu einem Gemeinsamen Runderlass von Innen- und Justizressort

„Richtlinien über die Verfolgung politisch motivierter Straftäter“ konnte zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Der Erlass wurde zum 15. Juni 2023 in Kraft gesetzt. An seiner Erarbeitung waren auch Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter OFEK e.V., beteiligt. Mehrere Länder haben inzwischen einen „Gemeinsamen Leitfaden“ von Polizei und Staatsanwaltschaften zur Thematik erarbeitet. Die Wirkung des Gemeinsamen Runderlasses und des geplanten Leitfadens für die Staatsanwälte bleibt im Fokus.

Die Versammlungsbehörden und die Polizei begegnen antisemitischen und antiisraelischen Bestrebungen nach wie vor konsequent im Rahmen des geltenden Versammlungs- und allgemeinen Gefahrenabwehrrechts. Die „Handreichung zum Umgang mit und möglichen Beschränkungen von antiisraelischen Versammlungen im Umfeld von Synagogen und anderen jüdischen/israelitischen Einrichtungen“ der IMK wurde den Versammlungs- und Polizeibehörden ergänzend zur bereits existierenden Erlasslage mit Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 15. Februar 2022 – unter Anpassung an das Landesversammlungsgesetz im Hinblick auf die eingeschränkten versammlungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die öffentliche Ordnung – mit der Bitte um Beachtung der Hinweise bei der Prüfung behördlicher Maßnahmen bekannt gegeben.

Ziele 2024

- » Stärkung des Vertrauens in den Rechtsstaat durch intensivere Kommunikation der Justiz mit den Betroffenen
- » Verstetigung der Aus- und Fortbildungsangebote für Polizei und Staatsanwaltschaften einhergehend mit der Sensibilisierung für Opferbelange
- » Verstetigung der Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, jüdischen Gemeinden und der Zivilgesellschaft
- » Erstellung eines Leitfadens zur strafrechtlichen Verfolgung antisemitischer Straftaten

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?



Jährlicher „Marsch des Lebens“ in Halle (Saale) anlässlich Jom Haschoah

Gegen Hass und Radikalisierung im Netz und in den Medien

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Nutzungen der Erfahrungen von bereits bewährten Projekten anderer Länder
- » Verstetigung der „Internetstreife“
- » Begleitung und Anerkennung von Initiativen, die aus dem Bereich der Bürgermedien und Gamerszene kommen

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Neue und alte Medien sowie das Internet sind bei allem Fortschritt heute eben auch zentrale Transporteure für Hass und Radikalisierung. Hier bedarf es umfassender Aufklärung und Prävention, Schutz vor Hassattacken sowie fortlaufende Präzisierung und Durchsetzung des Rechts.

Das Thema gewinnt an Bedeutung und betrifft den gesamten Medienbereich. Um sich greifende Verschwörungsmythen mit antisemitischer Konnotation im Kontext der Coronapandemie, dem Ukraine-Krieg oder dem Nahostkonflikt machen dies erschreckend deutlich.

Die Notwendigkeit eines überregional, letztlich international abgestimmten Handelns liegt auf der Hand, aber auch auf Ebene der Länder sind alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen.

Durch personelle Maßnahmen der Landespolizei ist die Internetstreife verstetigt worden. So wurden im Landeskriminalamt die Abteilungen „Polizeilicher Staatschutz“ sowie „Cybercrime Competence Center (4C)“ gestärkt. Insgesamt hat das Ministerium für Inneres und Sport dem Landeskriminalamt 14 Dienstposten zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der koordinierten Internetauswertung (KIA) zur Verfügung gestellt.

Besonders im Blick des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz ist die immer weiter steigende kriminelle Nutzung der sozialen Netzwerke, die sich oft auch in antisemitischen Angriffen niederschlägt. Aus dem Betreiben und der Nutzung sozialer Netzwerke sind auch Gefahren für Rechtsstaat und Demokratie erwachsen. Das gilt besonders dort, wo die von sozialen Netzwerken geschaffenen Kommunikationsräume zur Vorbereitung oder Begehung von Straftaten genutzt werden. Durch diese Form von Hasskriminalität wird nicht nur das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Betroffenen, sondern auch der politische Diskurs in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung angegriffen und in Frage gestellt.

Neben den bereits bestehenden Sonderdezernaten für politisch motivierte Kriminalität und Computerkriminalität bei den Staatsanwaltschaften des Landes wurde daher eine neue „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ bei der Staatsanwaltschaft Halle (Saale) gebildet. Sie hat im Mai 2023 ihre Tätigkeit aufgenommen. Mit dieser Zentralstelle hat das Land Sachsen-Anhalt eine Struktur geschaffen, die es ermöglichen soll, Fälle bedeutsamer Hasskriminalität noch besser technisch zu durchdringen, damit Ermittlungserfolge und Täteridentifizierungen verbessert werden können, aber auch um als zentraler Ansprechpartner für Betroffene zu agieren.

Im Rahmen der Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ stehen die Staatskanzlei, das Ministerium für Inneres und Sport und das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz in regelmäßigem Austausch mit der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) und dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und überlegen, wie Verbesserungen erreicht werden können. Als erstes Ergebnis dieser Gespräche wurde

ein Verfahren zur Übermittlung von Strafanzeigen an einer zentralen Stelle über eine Schnittstelle vereinbart. Entsprechende Schulungen zur Anzeigenerstattung werden vom MDR für seine Beschäftigten angeboten.

Neben dieser präventiven Arbeit sind die ständige Beobachtung von Fernseh-, Radio- und Internetangeboten durch die MSA ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Antisemitismus im Netz.

Deutschlandweit führt die „Kommission für Jugendmedienschutz“ (KJM) der Landesmedienanstalten Prüfverfahren durch. Im von Bund und Länder betriebenen Netzwerk jugendschutz.net werden Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen verfolgt und findet Aufklärungsarbeit zum Thema Hate Speech statt.

Aktion im Rahmen des landesweiten Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“



Die Bürgermedien, also die Offenen Kanäle und Nichtkommerziellen Lokalradio in Sachsen-Anhalt, widmen sich immer wieder in besonderer Weise dem Thema Antisemitismus. So hat der OK Magdeburg im Zeitraum 2021/2022 die Verlegung der Stolpersteine im Gedenken an Personen und Familien aus Magdeburg begleitet. Der OK Merseburg hat 2022 das Projekt „Stolpersteine gegen das Vergessen“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Kooperation mit dem Stadtmuseum Halle (Saale) unterstützt und einen Livestream ins Programm genommen. Der OK Wernigerode hat das Projekt „Klang-ART – Vision – Musik im Takt der Zeit – Sachsen-Anhalt verbindet die Welt“ der International Academy of Media & Arts e.V. (IAMA)

begleitet. Im Programm von Radio Corax finden jüdisches Leben, jüdische Geschichte und die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Antisemitismus regelmäßig und kontinuierlich einen Raum.

Kinder und Jugendliche sollen sicher aufwachsen. Der Kinder- und Jugendmedienschutz muss im Zuge neuer Risiken durch das Internet, soziale Netzwerke und Messenger-Dienste entsprechend agieren. Der bisherige Standard reicht hierfür nicht aus. Die Staatskanzlei wird sich daher im Länderkreis weiter für eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen einsetzen. Ziel muss ein kohärenter Schutz sein, der die Erziehungsberechtigten stärkt und die Anbieter in die Verantwortung nimmt.

Ziele 2024

- » Vernetzung und Austausch der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ mit Vertreterinnen und Vertretern von Interessengruppen betroffener Personen und Beratungsstellen des Landes
- » Verstärkung der Initiativen des Landes im Bereich Kinder- und Jugendmedienschutz

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Wohin kann ich mich bei Hasskriminalität im Internet wenden?



Staatsanwaltschaft Halle (Saale)

Zentralstelle zur Bekämpfung
der Hasskriminalität im Internet

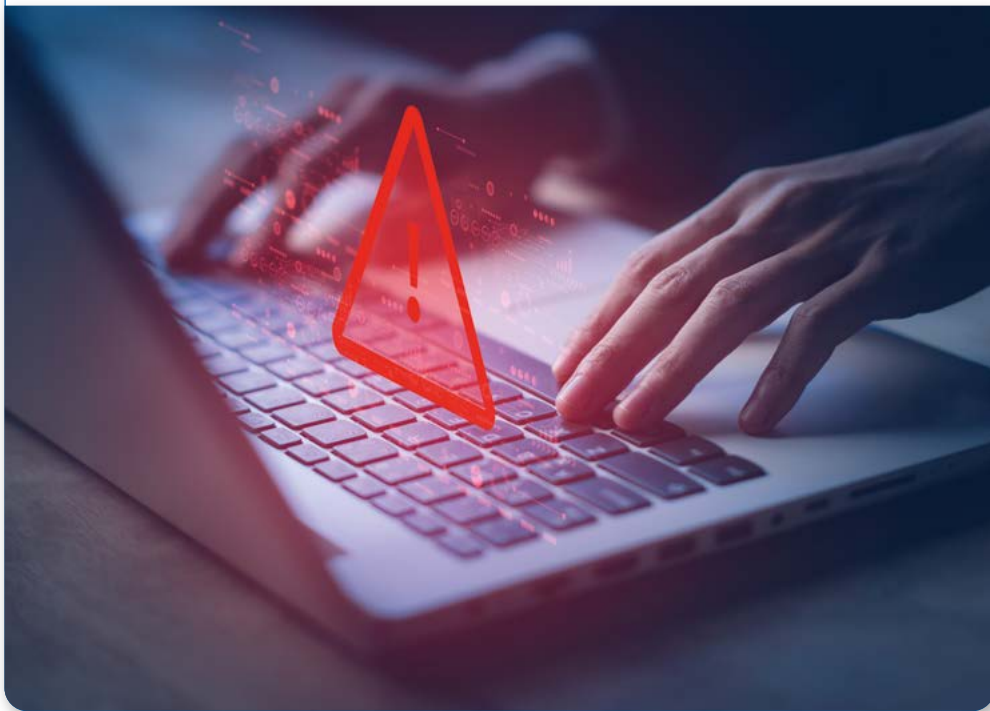
<https://sta-hal.sachsen-anhalt.de/staatsanwaltschaft-halle>



Telefon: +49 345 220 0



E-Mail: ZHI@justiz.sachsen-anhalt.de



Hilfe und Empowerment für die Betroffenen

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Aufbau von OFEK Sachsen-Anhalt und seine langfristige Verankerung
- » Zusammenwirken der bestehenden Strukturen des Landes bei der Beratung und Begleitung von Opfern

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Die bereits weiter oben erwähnte Arbeit des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus (mobile Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, MOB) mit Standorten in Salzwedel, Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau-Roßlau trägt seit 2007 dazu bei, die präventive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu stärken und gesellschaftliches Engagement für Demokratie zu fördern. Es steht für fachkompetente Beratung für Kommunalpolitik, öffentliche Verwaltung, Schulen, Jugend- und Sportvereine, Ver-

bände, Bündnisse gegen Rechts und weitere Aktive zur Verfügung. Das Beratungsnetzwerk berät zunehmend auch zu Verschwörungsideologien und Delegitimierung der demokratischen Institutionen, Wissenschaft und Presse durch das Spektrum der sogenannten Querdenkenden und Verschwörungsgläubigen sowie zu Versammlungen von einer rechts-offenen bis rechten und verschwörungsideologisch geprägten Mischszene.

Allerdings hat sich insbesondere nach dem Terroranschlag in Halle am 9. Oktober 2019 gezeigt, dass die existierenden Angebote von der jüdischen Gemeinschaft im Land kaum in Anspruch genommen wurden. Eine Ergänzung,

die den Bedarfen dieser Zielgruppe besser entspricht, war erforderlich. Deshalb ist die Beratungsstelle „OFEK Sachsen-Anhalt – community basierte Interventionen“ in Trägerschaft des Vereins OFEK e.V. seit März 2020 fester Bestandteil des Beratungsnetzwerks in Sachsen-Anhalt.

OFEK ist die erste Beratungsstelle, die gezielt das Thema Antisemitismus aufgreift. Der Name kommt aus dem Hebräischen und bedeutet „Weite“ oder „Horizont“. An OFEK können sich Betroffene und Ratsuchende, aber auch Institutionen wenden, die mit antisemitischen Vorfällen konfrontiert wurden. Das Beratungsangebot ist vielfältig und bedarfsorientiert. So gibt es psychosoziale und juristische Beratung, psychologische Unterstützung sowie weitere zielgruppenspezifische Fachberatungsangebote. Das Thema Empowerment spielt dabei eine zentrale Rolle. Die aktive Einbeziehung der jüdischen Community ist dafür grundlegend. Durch Beratung in deutscher, hebräischer, russischer und englischer Sprache können entsprechende Hürden genommen werden. Die Erreichbarkeit wird über eine Hotline, per E-Mail oder persönliche Beratungsgespräche gewährleistet.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist der Bedarf an psychischer Beratung und Betreuung für Jüdinnen und Juden bundesweit sehr stark angestiegen. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel stellt für die gesamte jüdische Gemeinschaft auch in Sachsen-Anhalt eine enorme Belastung dar.

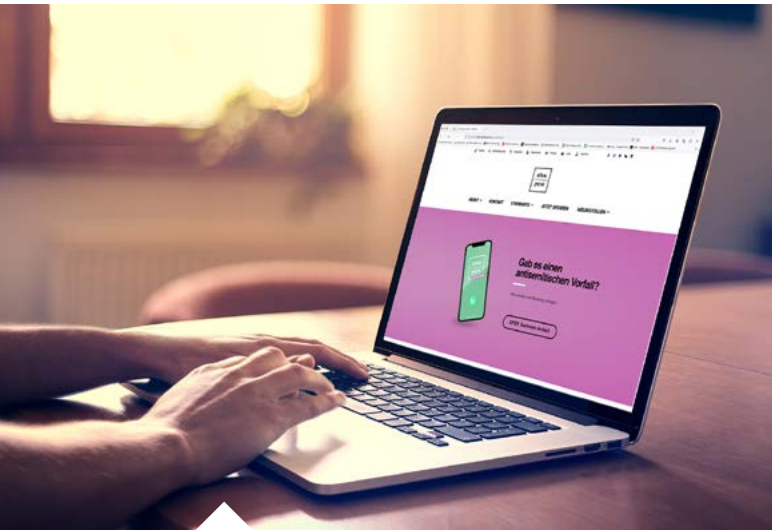
OFEK Sachsen-Anhalt kooperiert mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden, der Mobilen Opferberatung und weiteren Netzwerkpartnern. Dadurch können auch zivilgesellschaftliche Strukturen für die Relevanz von Antisemitismus sensibilisiert werden.



Jom Haschoah in der Synagoge Halle (Saale)

Die Beratungsstelle wird mit Bundes- und Landesmitteln über „Demokratie leben!“ gefördert. Das Landesdemokratiezentrum im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung plant, den Träger langfristig zu fördern, und hat die dazu erforderlichen Mittel entsprechend eingeplant. Der Koalitionsvertrag bekräftigt die Bedeutung von OFEK Sachsen-Anhalt. Die Landesregierung sieht in diesem zielgruppenspezifischen Angebot eine wichtige Ergänzung, um die jüdische Gemeinschaft im Land gezielt zu unterstützen.

Mit Beschluss der Landesregierung vom 16. November 2019 wurde die Position einer Landesopferbeauftragten und einer zentralen Anlaufstelle für Betroffene und deren Angehörigen in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen geschaffen. Deren Zuständigkeit umfasst auch den Bereich antisemitischer



OFEK Sachsen-Anhalt bietet Hilfe

Gewalt und Hasskriminalität. Die Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern der Opferhilfe sowie dem Sozialen Dienst der Justiz, darunter auch den für Antisemitismus einschlägigen Opferhilfeorganisationen, wird weiter ausgebaut

und verstetigt. Hierbei erweist sich das miteinander abgestimmte Vorgehen von Opferbeauftragter und Antisemitismusbeauftragtem der Justiz als hilfreich.

Um Opfern von schweren Gewaltverbrechen von landesweiter Bedeutung, insbesondere auch Betroffenen von extremistischen oder terroristischen Straftaten, mehr Unterstützung zukommen lassen zu können, richtet Sachsen-Anhalt einen Opferhilfefonds ein. Dieser Fonds richtet sich auch an die Opfer von antisemitisch motivierten schweren Gewaltverbrechen. Das Land beabsichtigt, den Betroffenen als solidarischen und finanziellen Beistand eine finanzielle Einmalhilfe zukommen zu lassen. Die Landesregierung hat einen entsprechenden Vorschlag des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz gebilligt. Abstimmungen im Landtag erfolgen. Eine „Richtlinie zur Gewährung einer einmaligen Hilfeleistung zur Unterstützung von Opfern schwerer Gewaltstraftaten von landesweiter Bedeutung“ soll zügig in Kraft treten.

Ziele 2024

» Dauerhafte Etablierung eines community-basierten Angebots im Beratungsnetzwerk Sachsen-Anhalt

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?



Wo erhalten Betroffene Hilfe?

Als Beratungsstelle steht OFEK Sachsen-Anhalt allen Ratsuchenden mit niedrighschwelligem und mehrsprachigen Unterstützungsangeboten bei jeder Form von Antisemitismus zur Verfügung. Dabei arbeiten die Beratungsstelle (OFEK) und die Meldestelle (RIAS) in engem Austausch. Sie handeln bedarfsorientiert und fallbezogen, um jeder betroffenen Person die notwendige und gewünschte Hilfe zukommen zu lassen. Das Angebot wird ergänzt durch Fachberatungen und Fortbildungen für alle interessierten Institutionen.



Meldestelle OFEK Sachsen-Anhalt

<https://ofek-beratung.de/sachsen-anhalt>



Hotline OFEK Sachsen-Anhalt

Telefon: +49 345 681 670 47

Mobil: +49 176 577 131 27

Blickfeldschärfung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Nutzung des ODIHR-Leitfadens und der IHRA-Definition in der gesamten öffentlichen Verwaltung im Land und in den Kommunen
- » Einbeziehung moderner Standards in alle Fortbildungsplannungen des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) und in die schulische Praxis

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

In seinem Beschluss „Halle mahnt“ vom 23. Oktober 2019, in direkter Reaktion auf den Terroranschlag vom 9. Oktober, hat der Landtag des Landes Sachsen-Anhalt die Aspekte von Aufklärung und Sensibilisierung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung deutlich herausgestellt. Das Thema gehört in die Regelstrukturen der Aus-, Fort- und Weiterbildung seitens des Landes wie der Kommunen. Die Ministerien des Landes haben seither in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen deutliche Anstrengungen unternommen.

Über den Regierungsbeschluss zur Nutzung der IHRA-Definition hat das Ministerium für

Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung alle geförderten Träger informiert und um Beachtung und weitere Kommunikation gebeten. Es erhielt zahlreiche Rückmeldungen, wonach das Thema Antisemitismus verstärkt in die tägliche Arbeit der Träger aufgenommen wurde. Dies gilt insbesondere auch für Träger, die mit muslimischer Community arbeiten und die im Bereich islamistischer Extremismus mit Präventionsaufgaben betraut sind (Projekt Salam Sachsen-Anhalt).

Seit dem Jahr 2021 ist das Seminar „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und Erscheinungsformen des Antisemitismus (Prävention)“ Bestandteil des jährlichen Fortbildungsprogramms des Aus- und Fortbildungsinstituts

Sachsen-Anhalt (AFI). Daran hat eine ganze Reihe von Landesbediensteten teilgenommen, sodass diese Veranstaltung zukünftig als Dauerangebot in den Fortbildungskatalog aufgenommen wird. Zudem ist im Modul „Verwaltung einmal anders“ der vom AFI jährlich angebotenen modularen Fortbildung für leistungsstarke Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter ein Besuch der Stiftung „Moses Mendelssohn Akademie“ in Halberstadt unter der Überschrift „Jüdisches Leben gestern und heute“ vorgesehen. Die bisherigen Rückmeldungen fielen dazu insgesamt sehr positiv aus. Deshalb ist beabsichtigt, die Exkursion zukünftig im Curriculum fest zu verankern.

Der Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz und die Stiftung Moses Mendelssohn Akademie haben seit dem Sommersemester 2022 eine Kooperation vereinbart. Diese betrifft auch das Berend Lehmann Museum in Halberstadt. Den Studierenden aller Studiengänge des Fachbereichs soll durch gemeinsame Lehrveranstaltungen und Projekte ermöglicht werden, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und im Rahmen ihrer späteren Tätigkeit vorurteilsfrei gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus agieren zu können. Dazu gibt es seit dem Wintersemester 2021/22 semesterübergreifende Projekte. In einer Projektgruppe wurde zum Beispiel ein ergänzender Beitrag für die Azubi-Fibel des Landkreises Harz erarbeitet, die alle Auszubildenden des Landkreises als Wegweiser für die gesamte Ausbildungszeit erhalten. Neben allgemeinen Informationen zur jüdischen Kultur und Religion werden darin nun auch regionale Gedenk- und Begegnungsstätten vorgestellt. Der Beitrag „Als öffentliche Verwaltung tragen wir eine besondere Verantwortung“ sensibilisiert eindringlich für die Erkennung von Antisemitismus und zeigt

zugleich Handlungsoptionen auf. Abschließend erfolgt ein Verweis auf RIAS und OFEK zur weiterführenden Beratung.

An der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt sind Prävention und Aufklärung im Hinblick auf Antisemitismus und Rassismus integraler Bestandteil von Ausbildung und Studium. Entsprechende Inhalte werden über die gesamte Dauer des Studiums bzw. der Ausbildung vermittelt. Seit 2020 erfolgt aufgrund einer Zusammenarbeit im Rahmen des Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ ein Besuch der Moses Mendelssohn Akademie in Halberstadt. Im Juli 2022 fanden im Rahmen eines Pilotprojektes erstmals zwei Fahrten mit jeweils zwei Ausbildungsklassen zur Gedenkstätte Konzentrationslager Auschwitz statt.

Eine Vielzahl von Veranstaltungen bzw. Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz sind zwischenzeitlich feste Bestandteile von Zielvereinbarungen zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport und den Polizeibehörden sowie der Fachhochschule Polizei. Beispielhaft seien die mehrwöchige Ausstellung „Luthers Judenbild“ in der Polizeiinspektion Halle (Saale) sowie die Wanderausstellung „Kicker, Kämpfer, Legenden – Juden im deutschen Fußball“ im Landeskriminalamt im Jahr 2022 benannt.

Die Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt führte am 20. Oktober 2021 das „Forum gegen Antisemitismus. Wissen schafft Verständnis“ unter umfassender Einbindung aller Polizeidienststellen (Präsenz und Livestream) durch. Die Veranstaltung diente zur Sensibilisierung aller Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten für unterschiedliche Facetten des Antisemitismus und zur Erhöhung der Handlungssicherheit.

Die im Rahmen des Strategischen qualitativen Personalmanagements in Federführung der Staatskanzlei entwickelten Fortbildungsbau- steine mit Bezugnahme zum jüdischen Glau- ben und Leben haben sich zwischenzeitlich etabliert. Sie werden auch künftig Bestandteil der modularen Fortbildungen für Nachwuchs- führungskräfte sein.

Mit OFEK e.V. eng verbunden ist das „Kom- petenzzentrum für Prävention und Empower- ment“ in Trägerschaft des bundesweiten jüdischen Wohlfahrtsverbandes. Es ist in den Feldern von Qualifizierung, Empowerment, Forschung und Politikberatung tätig und ent- wickelt auch spezifische Angebote für die öffentliche Verwaltung. Dazu gehören Fach- beratungen, Vorträge, Workshops, Seminare, aber auch Beratungen nach antisemitischen Vorfällen. Der Ansprechpartner in der Staats- kanzlei hat dieses Angebot bereits vielfach im Land vorgestellt und Kontakte vermittelt. Mehrere Ressorts nutzen inzwischen diese Möglichkeit.

Das Fortbildungsprogramm des Landesinsti- tuts für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) bietet über den Kata- log des elektronischen Teilnehmerinforma- tionssystems (eLTIS) allen Lehrkräften zum Schuljahr 2023/2024 ein fachübergreifendes Themenspektrum zum jüdischen Leben sowie zur Antisemitismusprävention. Die thema- tisch vielfältigen Fortbildungsveranstaltun- gen reichen von pädagogischen Angeboten, dialogischen Begegnungen mit jüdischen Akteuren, der Erschließung von außerschuli- schen Lernorten (bspw. jüdisches Halberstadt, historische Synagogen) bis hin zu Konzepten zur Professionalisierung von Lehrkräften im

Umgang mit israelfeindlichen und antisemi- tischen Äußerungen im schulischen Alltag. Im Kontext politischer Bildung zielen wei- tere Angebote auf die Befähigung und Er- mächtigung von Lehrkräften, antisemitische Verschwörungsmythen in Geschichte und Gegenwart zu erkennen und deren Verbrei- tung wirksam entgegenzuwirken. Aber auch innerhalb fachbezogener Fortbildungen wer- den Aspekte wirksamer Antisemitismusprä- vention aufgegriffen.

Am 23. August 2023 fand, gemeinsam veran- staltet von der Landeszentrale für politische Bildung, der Israelischen Botschaft und dem Ministerium für Bildung, ein Israeltag unter dem Motto „Israel – anders kennen lernen“ statt. Er bot interessierten Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 10 – 12 viele Möglichkeiten, sich zum Facetten- reichum Israels sowie über Antisemitismus- prävention zu informieren.

Anregungen, Hinweise, Materialien zum jüdischen Leben, zur Geschichte, Religiosität und Antisemitismusprävention werden auf dem Bildungsserver des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung in Sachsen- Anhalt für Lehrkräfte adressatengerecht auf- bereitet. Das beinhaltet unter anderem eine Materialsammlung zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in verschiede- nen Fächern und Jahrgangsstufen sowie das bundesweite Bildungsprojekt „1700 Jahre jüdi- sches Leben in Deutschland“. Über den digita- len Dienst emuTUBE auf dem Bildungsserver hält das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt zum jüdi- schen Leben und zur Antisemitismuspräven- tion zahlreiche audiovisuelle Medien bereit.

Konkrete Unterstützung bei rechten, aber auch antisemitischen Inhalten in Klassenchats finden Lehrkräfte in der auf dem Bildungsserver des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung veröffentlichten Handreichung des Bundesverbands mobile Beratung „Was machen wir denn jetzt?!“, die auf Ausbau und Festigung von Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern zielt und Möglichkeiten zum Umgang mit antisemitischen Inhalten in Klassenchats bietet.

Die museumspädagogische Erschließung des außerschulischen Lernortes „Haus der anderen Nachbarn“ (Haldensleben), über die der Bildungsserver informiert, vermittelt mit verschiedenen Unterrichtsmaterialien und -medien Zugänge zu einer interkulturellen und interreligiösen Bildung.

Im Ganzen ist in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung viel Gutes auf den Weg gebracht. Damit dies nachhaltig wirkt, sollten die entsprechenden Angebote dauerhaft in die Regelstrukturen der Aus-, Fort- und Weiterbildung implementiert werden. Vieles hängt noch von dankenswerten Engagements Einzelner ab. Wichtig ist deshalb eine gute Koordinierung der Bemühungen einschließlich Qualitätssicherung. Überkommene Materialien sind kritisch zu überprüfen. In den letzten Jahren ist sehr viel neues und gutes Material erschienen, das genutzt werden kann.

Über die Aufnahme der Themen auf der Ebene der Kommunalverwaltungen ist auf Landesebene wenig bekannt. Dies sollte in Zukunft stärker in den Blick genommen werden.

Ziele 2024

- » Nutzung zeitgemäßer Materialien und Standards in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung
- » Die kommunale Ebene sollte in Zukunft stärker mit in den Blick genommen werden.

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?



Interview
mit Landesrabbiner
Daniel Fabian

Welche Tätigkeiten nehmen Sie in Ihrer Funktion als Landesrabbiner wahr?

Als Landesrabbiner bin ich für die Landesregierung einer der Ansprechpartner für jüdische Belange. Zu meinen Aufgaben gehören repräsentative Aufgaben wie die Teilnahme und das Mitwirken an Gedenkveranstaltungen, am Beirat für Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt oder an Konferenzen, die sich mit jüdischen Inhalten oder Antisemitismus befassen. Selbstverständlich bin ich aber auch rabbinischer Ansprechpartner für die jüdischen Gemeinden. Ich war bei der Planung der Eröffnung (und des Baus) der Synagogen in Magdeburg und Dessau-Roßlau intensiv mit eingebunden.

Was ist für die jüdische Gemeinschaft im Land momentan besonders wichtig?

Natürlich ist die Aufrechterhaltung jüdischen Lebens nach wie vor primäres Anliegen der Gemeinden. Dazu gehören die Gebete in den Synagogen, kulturelle Angebote und soziale Dienstleistungen. Der Ausbau des Angebotes und die Initiativen, um jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt sichtbarer zu machen und so auch Vorurteilen entgegenzuwirken, werden von der hiesigen jüdischen Bevölkerung wohlwollend betrachtet.

Mehr denn je ist aber die Sorge um die Sicherheit der Gemeinden und ihrer Mitglieder in den Vordergrund gerückt. Viele sind durch den Krieg in Israel, aber auch durch den vermehrten Antisemitismus auf deutschen Straßen, in Form von Brandanschlägen auf jüdische Einrichtungen oder judenfeindliche Äußerungen auf pro-palästinensischen Kundgebungen, stark verunsichert.

Welchen Eindruck haben Sie vom jüdischen Leben in Sachsen-Anhalt?

Mir fällt vor allem zweierlei auf. Zum einen, dass die Repräsentanten der Gemeinden, und ihre Mitarbeiter sehr engagiert sind. Sachsen-Anhalt hat vielleicht nicht die größte jüdische Präsenz in Deutschland, umso mehr bemühen sich aber die Gemeinden, ihren Mitgliedern ein vielfältiges Angebot zu bieten und sich um sie zu kümmern. Zum anderen nehme ich bei der Landesregierung und ihren Repräsentanten, und auch bei der Polizei, ein authentisches und ehrliches Interesse wahr, jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt schützen und gedeihen lassen zu wollen. Die guten Beziehungen sind etabliert, ermöglichen produktive Zusammenarbeit und erfüllen uns mit Zuversicht.



Erstellung einer neuen Tora-Rolle für die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale)

Sensibilisierung der Zivilgesellschaft

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Hinreichende Ausstattung des „Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“ unter Nutzung der komplementären Programme des Bundes
- » Sicherung und wenn möglich Erweiterung von Projekten, die speziell auf das Thema Antisemitismus ausgerichtet sind
- » Stärkung des „Netzwerks für Demokratie und Toleranz“
- » Aufbau eines „Stolpersteine“-Netzwerks und Entwicklung einer „Stolperstein-App“ für Sachsen-Anhalt

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Nicht nur die öffentliche Verwaltung, sondern die ganze Gesellschaft ist gefragt, wenn es um die Wahrnehmung von und Sensibilisierung für antisemitische Tendenzen geht. Zentrale Orte antisemitischer Vorkommnisse sind der Schulhof, die Chatgruppe und der heimische Küchentisch.

Mehrere kürzlich veröffentlichte Studien von erfahrenen Instituten der Sozialforschung analysieren aktuelle Befunde zu antisemitischen und rechtsextremen Einstellungen.

Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig hat im Juli 2023 eine vielbeachtete repräsentative Untersuchung zu politischen Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern veröffentlicht. Sie weist eine beunruhigend hohe Zustimmung zu Aussagen auf, die von den Forschenden als rechtsextrem und antisemitisch eingeordnet werden. Auch eine gesonderte Auswertung zu Sachsen-Anhalt ist Teil der Studie. Hierin ist festgehalten, dass die manifeste Zustimmung zu einigen antisemitischen Aussagen selbst im ostdeutschen Vergleich einen besonders hohen Wert ergibt. Eine „Verschwörungsmentalität“,

gemeint ist die individuelle Tendenz, Verschwörungserzählungen und -mythen Glauben zu schenken, sei in Sachsen-Anhalt besonders stark ausgeprägt.

Für Deutschland insgesamt zeichnet die renommierte „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung im September 2023 eine starke Abwendung der gesellschaftlichen Mitte von demokratischen Werten nach, die Forschenden sprechen von der „distanzierten Mitte“. Diese Abwendung geht mit demokratiegefährdenden bis hin zu demokratiefeindlichen Einstellungen einher. Die Studie hebt hervor, dass jede zwölfte befragte Person ein rechts-extremes Weltbild teilt, verbunden unter anderem mit antisemitischen Ausprägungen.

Speziell für unser Land gibt der neue Sachsen-Anhalt-Monitor, vorgestellt im Juli 2023, Auskunft über politische Einstellungen. Er enthält unter anderem Ergebnisse zu klassischem, sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus. Besonders Aussagen zu sekundärem Antisemitismus wird im höheren Maße als bislang zugestimmt. Fast jeder vierte Befragte stimmte der „Schlussstrichaussage“ zu, dass man sich nicht mehr mit den Verbrechen an den jüdischen Menschen und der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigen sollte.

Es ist wichtig, solchen Tendenzen entschieden entgegenzuwirken. In Reaktion auf die erwähnten Studien hat der Beirat des „Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“ beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu einer neuen Demokratie-Offensive aufgerufen. In seiner Erklärung vom Oktober 2023 fordert er unter anderem die Stärkung demokratischer Räume, den Aufbau von Krisen-Resilienz, die Förderung von Teilhabe und den weiteren Ausbau von Netzwerken. Der Beirat



„Stolpersteine“ erinnern an den Magdeburger Arzt Dr. Otto Josef Schlein und seine Familie

hat außerdem eine Erklärung zu den Angriffen auf Israel abgegeben, mit der sich alle Mitglieder zum Existenzrecht Israels und zum Kampf gegen jede Form von Antisemitismus bekennen.

Das beim Ministerium angesiedelte Landes-Demokratiezentrum fördert in Abstimmung mit der Landeszentrale für politische Bildung, weiteren Ressorts und dem Ansprechpartner in der Staatskanzlei bereits vielfältige Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Träger zur Aufklärung über und zum Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie des „Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“.

Durch das Bundesprogramm und das Landesprogramm werden in Sachsen-Anhalt 21 Städte, Gemeinden und Landkreise dabei

unterstützt, im Rahmen von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Die Verantwortlichen kommen aus der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten entwickeln sie gemeinsam lokale Handlungsstrategien, um Demokratie und Vielfalt zu stärken.

In Zusammenarbeit u.a. mit dem Ansprechpartner in der Staatskanzlei und dem jüdischen Landesverband wurde das Demokratie-Landesprogramm im Jahr 2022 fortgeschrieben und am 21. September 2022 durch die Landesregierung in neuer Fassung beschlossen. Das Ziel, Projekte zu fördern, die gezielt jüdisches Leben unterstützen und sichtbar machen, sowie Antisemitismus entgegenwirken, ist nun ausdrücklich auch dort in der Präambel verankert.

In den letzten Jahren wurden, bezogen auf die Arbeit gegen Antisemitismus, unter anderem folgende Initiativen durch das Demokratie-Programm unterstützt: die Altmärkische Bürgerstiftung mit ihrer Veranstaltungsreihe „Denken ohne Geländer“, der Verein „Zeit-Geschichte(n)“ aus Halle (Saale), der jüdische Frauenverein BeReshith und das Projekt „Ge-flüchtete Frauen auf den Spuren Anne Franks“ des Trägers Sprachbrücke e. V. in Halle (Saale).

Rund um den 27. Januar, den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, lädt jährlich ein vielfältiges Programm rund um Stendal zu einer Woche des Erinnerns und des „Denkens ohne Geländer“ ein. Filme, Lesungen, Ausstellungen, Vorträge und Workshops regen dazu an, ins Gespräch über Toleranz, den Umgang mit Gewalt und Wege des Miteinanders in der Gesellschaft zu kommen.

Durch das Projekt „Engagiert vor Ort – Gemeinsam gegen Diskriminierung und Menschenverachtung“ (Träger: Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V.) sollen Jugendliche im strukturschwachen, ländlichen Raum die Möglichkeit bekommen, sich mit Erscheinungsformen von Antisemitismus auseinanderzusetzen, sich zu informieren, zu diskutieren und das erworbene Wissen und die Erfahrungen mit anderen zu teilen. Ein Beispiel ist der Projekttag „Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Monde sicher“ für Jugendliche ab 15 Jahren, in dem Aspekte zur Kontinuität von Antisemitismus, zu Verschwörungsmythen und zu eigener Verantwortung thematisiert werden.

Das gemeinsame „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ von Landtag und Landesregierung vernetzt in Federführung der Landeszentrale für politische Bildung rund 300 Akteure und ihr Umfeld, wie bundesgeförderte Projekte, Schulen etc., durch regelmäßige Informationen, eine Jahreskonferenz zu aktuellen Entwicklungen der Demokratie-Stärkung und fortlaufende Bildungsangebote, darunter eine Fachtage-Reihe zu Herausforderungen des Extremismus. Es unterstützt lokale Initiativen bei Kooperationen und fördert Projekte. In den Jahren 2022 und 2023 wurden flankierend zur „Konterbunt“-APP der Landeszentrale gegen Stammtischparolen 25 Trainerinnen und Trainer ausgebildet, die Bildungsveranstaltungen in Schulen und Verbänden durchführen. Anders als beabsichtigt wurde die Arbeit des „Netzwerks“ in den zurückliegenden Jahren allerdings weder personell noch finanziell gestärkt, Aufwüchse in den Projektmitteln wurden lediglich aus Restmitteln realisiert.

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit setzen sich an vielen Orten für die Verständigung zwischen Christen und Juden, den Kampf gegen Antisemitismus und



Kundgebung für Solidarität mit Israel am 11. Oktober 2023 in Magdeburg

Rechtsradikalismus sowie für ein friedliches Zusammenleben der Völker und Religionen ein. In Sachsen-Anhalt existiert bisher eine derartige Gesellschaft auf Landesebene.

An vielen Orten aktiv und häufig auch mit Bezug zu christlichen Gemeinden sind Stolperstein-Initiativen. Sie bilden eine ganz wichtige Brücke in die Zivilgesellschaft. Ihre bessere Vernetzung innerhalb des Landes wäre hilfreich. Ein geplantes Vernetzungsprojekt für die lokalen Stolperstein-Initiativen konnte im Jahr 2021 vorbereitet werden. Für 2024 ist eine zusätzliche Personalstelle dafür bei der Landeszentrale eingeplant. Unter diesen Voraussetzungen könnte das Projekt bis Ende 2025 abgeschlossen werden.

Sensibilisierung der Zivilgesellschaft kann nur gelingen, wenn sie sich für breitere Ziel-

gruppen und Milieus öffnet. Über 350.000 Personen in Sachsen-Anhalt sind zum Beispiel in Sportvereinen organisiert, hinzu kommen eine hohe Anzahl von Zuschauerinnen und Zuschauern. Sport erfüllt eine wichtige Funktion in der Freizeitgestaltung, der sozialen Interaktion, der körperlichen Gesundheit und hat wirtschaftliche, kulturelle und politische Einflüsse auf die gesamte Gesellschaft. Sport ist ein Spiegel der Gesellschaft, im Guten wie im weniger Guten. Wo Gewalt im Sport auftritt, ist dies häufig auch ein Einfallstor für antisemitische Vorfälle. In der Vergangenheit wurde Antisemitismus im Sport zu häufig bagatellisiert oder in entpolitisierter Weise als bloßer Ausdruck von Rivalität verstanden. Inzwischen ändert sich diese Wahrnehmung. Immer mehr Vereine setzen sich mit der Rolle von Hate-speech und Hasskriminalität auseinander und in Fangruppen wird diskriminierendes

Verhalten hinterfragt. Auch die Fortbildung von Schiedsrichterinnen und -richtern, wie auch eine Sanktionierung durch die Sportgerichtsbarkeit und das Verbandsrecht können effektive Gegenmaßnahmen sein. Bisher lässt sich feststellen, dass die Betroffenenperspektive weitestgehend übergangen wird.

Im Rahmen der Umsetzung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ für Sachsen-Anhalt durch das Sozialministerium ist auch weiterhin eine Fortsetzung des Programms „Menschlichkeit und Toleranz (MuT)“ durch den Landessportbund Sachsen-Anhalt e. V. (LSB) vorgesehen. Ebenso ist im Rahmen des Bundesprogramms „Integration durch Sport“ eine Fortführung des gleichnamigen Projekts durch den LSB beabsichtigt. Für beide Maßnahmen sind für das Haushaltsjahr 2024 wiederum Mittel in Höhe von über 150.000 Euro angemeldet. Diese Mittel beziehen sich nicht ausschließlich auf Projekte gegen Antisemitismus, sondern zielen allgemein darauf ab, alle Formen von Diskriminierung sowie antidemokratischen und extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Vergleichbares gilt für das Projekt „TeilHaben – TeilWerden – TeilSein“ des Landesfeuerwehrverbandes, das seit etlichen Jahren im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ unterstützt wird und ebenfalls fortgeführt werden soll. Vereine und Verbände vor allem im ländlichen Raum werden gefördert, wo Feuerwehren und Jugendfeuerwehren ganz wichtige Räume der Begegnung und Identifikation darstellen. Es geht darum, eine klare Haltung zu entwickeln und zu stärken gegen extremistische und verfassungsfeindliche Strömungen, wozu immer auch Antisemitis-

mus gehört, sowie entsprechende Vorfälle vor Ort aufzuarbeiten.

Im September 2023 fand ein Vernetzungsgespräch zwischen dem Modellprojekt „Zusammen1“ des jüdischen Turn- und Sportverbands Makkabi, dem Landessportbund, dem Fußballverband des Landes, der RIAS-Meldestelle Antisemitismus, der Beratungsstelle OFEK und dem Ansprechpartner in der Staatskanzlei statt. Vereinbart wurde ein kontinuierlicher Austausch, die Nutzung von Synergien und soweit möglich die Initiierung gemeinsamer Projekte.

Beim Blick auf die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft wird deutlich, dass zahlreiche Initiativen im Land mit hohem Engagement tätig sind (mit sehr unterschiedlichen Zugängen, teilweise auch ohne landesseitige Abstimmung und Unterstützung), dass es aber besonders wichtig ist, zusätzliche, gerade auch „bildungsferne“ Zielgruppen zu erreichen. Sport und Feuerwehr sind hier Beispiele, dazu Kirchengemeinden, Bürgerinitiativen und Vereine jeder Art gerade im ländlichen Raum.

Über eine eigene Seite im Landesportal und einen Newsletter informiert der Ansprechpartner zu wissenswerten Vorgängen im Land, stellt neue Projekte vor, gibt Veranstaltungstermine bekannt und verweist auf neu erschienene Studien und Publikationen. Der Newsletter richtet sich an zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Funktionsträgerinnen und -träger sowie die interessierte Öffentlichkeit. Die Corona-Pandemie hat die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft leider deutlich beeinträchtigt. Hierzu sollen ab 2024 neue Anläufe unternommen werden.

Ziele 2024

- » Gute finanzielle Ausstattung der bestehenden Programme und Initiativen auf Landes- und Bundesebene
- » Aufbau eines „Stolpersteine“-Netzwerks und Entwicklung einer „Stolperstein-App“ für Sachsen-Anhalt
- » Erreichung zusätzlicher Zielgruppen, etwa im Sport, bei der Feuerwehr, bei den Vereinen im ländlichen Raum, in Wirtschaft und Gewerkschaften

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Aus der Praxis



„Denken ohne Geländer“

Seit 2016 nehmen Engagierte den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar zum Anlass, die Veranstaltungswoche „Denken ohne Geländer“ im Landkreis Stendal zu organisieren. Unter diesem Titel laden Workshops, Theateraufführungen, Vorlesungen dazu ein, Menschen unterschiedlicher Altersgruppen miteinander ins Gespräch zu bringen. Thematisiert werden beispielsweise aktuelle geschichtswissenschaftliche Debatten, jüdisches Alltagsleben in der DDR angesichts von staatlicher Kontrolle und Antisemitismus, die Musealisierung der Erinnerung an den Holocaust, die aktuelle Bedrohung der Demokratie durch die extreme Rechte und Antisemitismus sowie Möglichkeiten des Lebens in einer heterogenen Gesellschaft. Veranstalter sind die Hochschule Magdeburg-Stendal, das Theater der Altmark und die Landeszentrale für politische Bildung. Träger ist die Altmärkische Bürgerstiftung e.V.; zudem beteiligen sich zahlreiche lokale Initiativen und Einrichtungen.



Denken ohne Geländer

<https://www.denken-ohne-gelaender.de/>

Das heutige jüdische Leben stärken

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Realisierung der Synagogenbauprojekte in Magdeburg und Dessau-Roßlau
- » Pilotprojekte für jüdischen Religionsunterricht
- » Breite Beteiligung aus Sachsen-Anhalt am deutsch-jüdischen Festjahr 2021

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Wie in den anderen ostdeutschen Ländern, so war auch die jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt während der DDR-Zeit auf immer kleiner werdende Gemeinden in Halle (Saale) und Magdeburg reduziert. Sie erlebte ihre Neubelebung ab Anfang der 90er Jahre mit dem Eintreffen der sogenannten Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Heute stellt sie in ihrem über religiöse Gemeinden organisierten Teil mit etwa 0,1 Prozent der Bevölkerung eine sehr kleine Minderheit dar, was in etwa dem Anteil der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland insgesamt entspricht. Insoweit ist auch in Sachsen-Anhalt die jüdische Gemeinschaft heute nach Größe und Ausprägung von ihrer früheren Bedeutung sehr weit entfernt. Zwischen Vergangenheit und Gegenwart bestehen

kaum Berührungspunkte. Allmählich wächst in den Gemeinden jedoch ein Verständnis dafür, dass sie eine lange Geschichte jüdischen Lebens fortführen.

Zur Zeit bestehen drei jüdische Gemeinden in Dessau-Roßlau, Halle (Saale) und Magdeburg, die der Orthodoxen Rabbinerkonferenz verbunden sind, sowie eine Gemeinde in Magdeburg, die der Allgemeinen Rabbinerkonferenz verbunden ist. Die drei orthodoxen Gemeinden gehören dem Landesverband der jüdischen Gemeinden an und sind als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt. Die später entstandene liberale Gemeinde ist als eingetragener Verein organisiert. Der Landesverband ist das zentrale Bindeglied zur Landesregierung, wobei diese erwartet, dass er auch die Interessen der ihm nicht angehörenden Gemeinde angemessen vertritt.

Die Landesregierung wünscht ein gutes Miteinander und eine gute Entwicklung für alle Gemeinden.

Außerhalb gemeindlicher Organisation existieren wenige Vereine mit jüdischer Prägung an verschiedenen Orten Sachsen-Anhalts, insbesondere zur Kultur- und Gemeinschaftspflege. Außerdem leben Jüdinnen und Juden in Sachsen-Anhalt, die sich keiner Organisation zugehörig fühlen, wie etwa Studierende aus Israel.

Im Ganzen ist inzwischen in Sachsen-Anhalt eine 2. und 3. Generation jüdischer Bürgerinnen und Bürger herangewachsen. Sie wollen normal und unbehelligt leben, dazugehören und zugleich ihr Jüdischsein nach eigenen Vorstellungen leben, nicht in ein Rollenverhalten gedrängt werden. Gleichwohl begegnet auch ihnen Antisemitismus als eine alltägliche Erfahrung.

Der Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 stellte für die jüdische Gemeinschaft überall in Deutschland, vor allem aber in Sachsen-Anhalt, eine Zäsur dar. In möglicherweise noch stärkerem Ausmaß gilt dies für die Auswirkungen des Angriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf Israel. Die jüdische Gemeinschaft lebt auch hierzulande seither im Ausnahmezustand, die langfristigen Folgen sind noch überhaupt nicht absehbar. Die Bemühungen der letzten Jahre, um jüdisches Leben in Deutschland sichtbarer und zugänglicher zu machen, stehen auf dem Prüfstand. Gleichwohl bleibt es das Ziel der Landesregierung, diese Bemühungen weiter fortzusetzen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat am 23. März 1994 einen Vertrag mit den damals existierenden jüdischen Gemeinden und dem Landesverband geschlossen. Er jährt sich im

Jahr 2024 zum 30. Mal. Nach neuen Verhandlungen kam es am 20. März 2006 zur Unterzeichnung eines neu gefassten, bis heute gültigen Vertrages. Der Vertrag verlängert sich jeweils nach fünf Jahren, ein nächstes Mal im März 2026, sofern nicht eine der beteiligten Vertragsparteien bis zum Jahresende 2024 kündigt. Aus Sicht der Landesregierung ist der bestehende Vertrag eine gute Grundlage für das weitere Miteinander. Von ihrer Seite her besteht die Absicht, den Vertrag unverändert fortzusetzen.

Der Vertrag garantiert die Glaubensfreiheit und die Eigenständigkeit der Gemeinden, regelt das Zusammenwirken von Land und jüdischer Gemeinschaft und verspricht den Schutz aller Einrichtungen. Weitere Artikel gewähren die Freistellung an Feiertagen, Vermögensschutz, den Schutz von Friedhöfen und regelt Belange der Denkmalpflege. Die jüdische Gemeinschaft hat das Recht,

Kinderaufführung zu Chanukka



Schulen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen zu betreiben. Das Land unterstützt in kulturellen Angelegenheiten und gewährt Gebührenbefreiungen. Auftretende Meinungsverschiedenheiten sollen freundschaftlich beseitigt werden. Das Land gewährt einen Gesamtzuschuss an den Ausgaben der jüdischen Gemeinschaft. Er betrug im Jahr 2023 1,78 Mio. Euro. Weitere Leistungen sind möglich, wenn sie sich aus dem Vertrag oder den allgemeinen Gesetzen ergeben.

Zusätzlich ist zur Regelung von Sicherheitsfragen am 16. November 2020 der weiter oben erwähnte weitere Staatsvertrag geschlossen worden, er trat am 1. Januar 2022 in Kraft. Auch er hat sich aus Sicht der Landesregierung bewährt. Er verlängert sich ebenfalls jeweils nach fünf Jahren vorbehaltlich Kündigung, was erstmals bis Ende 2025 zu klären ist.

Die vertraglichen Regelungen bilden den Rahmen, in dem sich jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt entfalten kann. Diese Entfaltung muss sodann aus der Gemeinschaft selbst heraus erwachsen. Jüdisches Leben soll ein selbstverständlicher, selbstbewusster und eigenständiger Teil des Lebens in Sachsen-Anhalt sein.

Sehr erfreulich ist die Berufung eines neuen Landesrabbiners durch den Landesverband im Dezember 2021. Er ist in religiösen Angelegenheiten für den Verband tätig, vertritt ihn darin auch nach außen und berät die Gemeinden. Er hat auch die Leitung des erwähnten Polizeirabbinats inne. Die Gemeinden selbst laden eigenständig Rabbiner zur Leitung religiöser Zeremonien ein. Aus Sicht der Landesregierung wäre es sehr zu wünschen, wenn die Gemeinden feste Rabbiner anstellen würden, die vor Ort wohnen und die Gemeinden auch wahrnehmbarer repräsentieren.

Die Einweihung des An- und Umbaus der Dessauer Weill-Synagoge und der Neubau einer

Synagoge in Magdeburg im Herbst und Winter 2023 stellen Höhepunkte des neu entfalteten Lebens in Sachsen-Anhalt dar – für die jüdische Gemeinschaft wie für das Land im Ganzen. Das Land hat beide Vorhaben mit weiteren Partnern finanziell, ideell und organisatorisch sehr stark unterstützt. Seitens des Landes verbindet sich das mit der Erwartung, dass hier Orte entstehen, die offen sind und vielfältige Möglichkeiten zur Begegnung bieten.

Am 22. Oktober 2023 erfolgte die Einweihung der Synagoge in Dessau-Roßlau, die insbesondere durch die Unterstützung des Bundes und der Stadt Dessau-Roßlau sowie durch zahlreiche Spenden fertiggestellt werden konnte. Die Einweihung der neuen Synagoge in Magdeburg folgte am 10. Dezember 2023. Hier erfolgte die Finanzierung weitgehend durch das Land und ergänzend durch einen Förderverein. Für alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen beider Bauvorhaben trat das Land vollständig ein. Beide Synagogen können als Zeichen für ein lebendiges jüdisches Leben betrachtet werden. Gleichzeitig sind sie ein Statement gegen alle Formen des Antisemitismus und somit auch ein Symbol für Toleranz und ein friedliches Miteinander.

Seit dem Schuljahr 2021/2022 eröffnet das Pilotprojekt „jüdischer Religionsunterricht“ interessierten Grundschülerinnen und Grundschülern in Halle (Saale) die Möglichkeit, an einem von einer jüdischen Lehrkraft erteilten Religionsunterricht teilzunehmen, der zurzeit schuljahrgangsübergreifend an einer Grundschule unterrichtet wird. Dieses Pilotprojekt wird in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden, dem Ministerium für Bildung, dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung sowie dem Landesschulamt begleitet. Erfahrungen aus diesem Modellprojekt fließen in die Erarbeitung von curricularen Grundlagen

ein. Das Pilotprojekt soll fortgesetzt und wenn möglich ausgeweitet werden.

Mit Blick auf in der Vergangenheit gelegentlich auftretende Probleme im Zusammenhang mit Bestattungen nach jüdischem Ritus, etwa bei entsprechender Kostenübernahme bei Mittellosigkeit oder durch sehr lange Bearbeitungszeiten, konnte inzwischen eine Verbesserung erreicht werden. In einer gemeinsamen Vereinbarung, unterzeichnet im Mai 2022 vom jüdischen Landesverband, den kommunalen Spitzenverbänden, dem Ministerium für Inneres und Sport, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und dem Ansprechpartner in der Staatskanzlei wurden gemeinsame Grundsätze formuliert, auf deren einheitliche Handhabung im ganzen Land hingewirkt wird, und es wurde ein Mechanismus zur Intervention bei Härtefällen festgelegt. In einzelnen Fällen hat sich dies praktisch bewährt.

Ein drängendes Problem für die jüdische Gemeinschaft bleibt die Altersarmut vieler ehemaliger Kontingentflüchtlinge, die seit ihrer Aufnahme in Deutschland nur noch sehr eingeschränkt rentenrechtliche Ansprüche erwerben konnten. Sachsen-Anhalt ist mit der großen Mehrheit der Länder dem vom Bund errichteten Härtefallfonds nicht beigetreten. Der Fonds ist aus Sicht der Landesregierung – und auch aus Sicht der jüdischen Gemeinden – in seiner finanziellen Ausstattung unzureichend und er verknüpft höchst unterschiedliche Fallgruppen in unzulässiger Weise miteinander. Außerdem liegt die rentenrechtliche Zuständigkeit uneingeschränkt beim Bund.

Gleichwohl hält die Landesregierung das Anliegen, jüdische Menschen im Alter zu unterstützen, für berechtigt. Sie wird sich deshalb weiterhin für eine angemessene Lösung stark machen.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt die jüdischen Gemeinden auch in Sachsen-Anhalt vor besondere Herausforderungen. Für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen wurde in den Gemeinden in den letzten Jahren Großes geleistet.

Eine besondere Sorge in den Gemeinden besteht im Hinblick auf Menschen, die aus islamisch geprägten Ländern nach Deutschland kommen. In vielen dieser Länder gehören Antisemitismus und der Hass auf den Staat Israel zur Staatsdoktrin, sie werden in Bildungseinrichtungen und im familiären Umfeld stark propagiert. Integration darf sich gerade in solchen Fällen nicht allein auf den Spracherwerb und die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt beschränken. Das Vermitteln der demokratischen und freiheitlichen Werte unserer Gesellschaft, von Toleranz und Menschenrechten gehören in gleicher Weise dazu. Wichtig ist das direkte Gespräch zwischen Angehörigen der muslimischen und der jüdischen Gemeinschaft.

Wie begründet diese Sorge ist, zeigt sich in erschreckender Weise in judenfeindlichen Exzessen seit dem Hamas-Angriff auf Israel. Die Landesregierung erwartet von allen, die zu unserer Gesellschaft gehören, ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, die Distanzierung vom Terror der Hamas und eine Ablehnung von jeder Form von Antisemitismus.

In der Präambel des Vertrages von 2006 wird von dem gemeinsamen Wunsch gesprochen, „der jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt den Wiederaufbau eines Gemeindelebens zu erleichtern“. Ein praktischer Ausfluss dieses Wunsches ist die Position des zentralen Ansprechpartners der Landesregierung, angebunden in der Staatskanzlei direkt beim Ministerpräsidenten. Seine Arbeit wird seit Oktober 2022 durch den „Beirat für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt“ unterstützt, berufen

durch den Ministerpräsidenten, dem u. a. ein Vorstandsmitglied des Landesverbandes, der Landesrabbiner und auch ein vom Zentralrat der Juden in Deutschland benannter Vertreter angehören. Die jüdische Gemeinschaft ist hier also direkt und intensiv eingebunden.

Mit dem Landeshaushalt 2023 ist im Haushalt der Staatskanzlei für den Ansprechpartner die Möglichkeit geschaffen, jährlich Zuwendungen in Höhe von insgesamt 120.000 Euro zu gewähren und damit Projekte zu unterstützen, die jüdisches Leben gezielt stärken und sichtbar machen. Gedacht ist insbesondere an Projekte, die von strategischer Bedeutung sind, der jüdischen Gemeinschaft in ihrer Entwicklung weiterhelfen, jedoch ohne eine besondere Hilfe bei der Implementierung in Sachsen-Anhalt nicht realisiert werden könnten.

Im April 2023 erfolgte ein erster Förderaufruf, der auf große Resonanz traf. Die zugehörige „Förderrichtlinie jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt“ konnte im August 2023 veröffentlicht werden. Je nach Projekt sind notwendige Fachvoten einzuholen und auch der „Beirat für jüdisches Leben“ ist in das Verfahren begleitend involviert.

Die Mittel für 2023 konnten nahezu vollständig eingesetzt werden. Dabei zeigt sich eine erfreuliche Vielfalt. Unterstützt wurden Publikationen, Zeitzeugen-Interviews, die Erarbeitung eines literarisch-musikalischen Programms oder ein Filmprojekt. Im Rahmen der Eröffnungen beider Synagogen-Bauprojekte bereicherte die Förderung das Begleitprogramm. Gerade außerhalb der großen Städte sind Projekte am Start, in Havelberg, Schöne-

Ziele 2024

- » Fortführung der bestehenden Verträge
- » Fortführung des Pilotprojekts zum jüdischen Religionsunterricht und wenn möglich Ausweitung
- » Erfüllung der neuen Synagogen mit Leben
- » Gute Beziehungen zwischen allen jüdischen Gemeinden
- » Gute Beziehungen mit den Angehörigen der muslimischen Gemeinschaft
- » Fortsetzung und ggf. Erweiterung des Förderprogramms der Staatskanzlei
- » Ermutigung und Unterstützung für die nächste Generation

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

beck und Tangermünde, in Bernburg, Aschersleben oder Köthen. Einige Vorhaben widmen sich Tätigkeiten auf den jüdischen Friedhöfen, von Digitalisierung über Beräumung, Reinigung und Sanierung bis hin zur Erforschung der Inschriften. Unterstützt werden Initiativen von ehrenamtlich tätigen Einzelpersonen und engagierten Vereinen. Mithilfe der neuen Förderung konnte auch die bundesweite Kampagne „Fragemauer“ mittels landesweiter Plakatwerbung unterstützt werden. Über aufklärende, humorvolle und zum Nachdenken anregende Inhalte wird dabei jüdisches Leben aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Eine Besonderheit im ersten Förderjahr war die Unterstützung für eine neue Gedenkstätte am ehemaligen Standort der Synagoge in Sandersleben. Der Ort beheimatete über lange Zeit einen besonders hohen jüdischen Bevölke-

rungsanteil, was heute kaum wahrzunehmen ist. Die Adaption des Grundrisses der ehemaligen Synagoge in der Mitte des Ortes macht diesen bedeutenden Beitrag wieder sichtbar. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur. Ausgehend davon soll weitere Bildungs- und Präventionsarbeit geleistet werden.

Die Beispiele zeigen: Das neue Programm fand bereits im ersten Jahr eine gute Resonanz. Für 2024 liegen bereits zahlreiche Interessenbekundungen vor. Das Förderprogramm der Staatskanzlei wird deshalb fortgesetzt und gegebenenfalls in den Folgejahren erweitert werden. Vor allem soll nach Möglichkeiten gesucht werden, wie innerhalb der jüdischen Gemeinschaft die nächste Generation gestärkt, ermutigt und befähigt werden kann, um das jüdische Leben in Sachsen-Anhalt in die Zukunft zu führen.

Jüdische Gemeinden

Wie kann ich Kontakt zu den Jüdischen Gemeinden aufnehmen?



Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt K.d.ö.R.
<http://lv-sachsen-anhalt.de/>



Jüdische Gemeinde zu Dessau K.d.ö.R.
<http://lv-sachsen-anhalt.de/gemeiden/juedische-gemeinde-dessau/>



Jüdische Gemeinde zu Halle K.d.ö.R.
<https://www.jghalle.de>



Jüdische Gemeinde zu Magdeburg e.V.
<https://sites.google.com/view/judische-gemeinde-magdeburg/startseite>



Synagogengemeinde zu Magdeburg K.d.ö.R.
<https://sg-md.org/>

Schulische Bildung und Begegnung

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Entwicklung eines Konzepts für die jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt als außerschulische Lernorte und dessen finanzielle und personelle Absicherung
- » Sicherstellung moderner Qualitätsstandards für alle schulischen wie außerschulischen Angebote

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Bei aller Betonung von Sicherheitsaspekten ist unbestritten, dass Bildung und Begegnung für die Stärkung jüdischen Lebens in unserer Gesellschaft heute die entscheidenden Faktoren sind und dass der Schule dabei zentrale Bedeutung zukommt. Sie ist der Ort, wo in vieler Hinsicht die entscheidenden Weichen gestellt werden.

Die Kultusministerkonferenz, der Zentralrat der Juden und die Bund-Länder-Konferenz der Antisemitismusbeauftragten haben am 10. Juni 2021 eine „Gemeinsame Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ vorgelegt. Zur praktischen Umsetzung wurde im April 2023 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der Sachsen-Anhalt vertreten

ist. Der Ansprechpartner hat dem Ministerium für Bildung und den nachgeordneten Behörden die Umsetzung für Sachsen-Anhalt empfohlen und Unterstützung angeboten. Gerade im Bildungsbereich (schulisch wie außerschulisch) ist es wichtig, dass die Angebote modernen Qualitätsansprüchen gerecht werden und heutiges jüdisches Leben wie auch heutige Formen von Antisemitismus in den Blick nehmen.

Die Hinweise der Empfehlung finden mittlerweile Eingang in die Arbeit. Insbesondere haben sie Eingang in die Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs der Lehrerfort- und -weiterbildung gefunden. Aktuell erfolgte die planmäßige Anpassung des Lehrplans für das Gymnasium und das Berufliche Gymnasium. Innerhalb der Kompetenzschwerpunkte und

grundlegenden Wissensbestände verschiedener Fachlehrpläne wurden Themen zum jüdischen Leben, zur Religionsausübung und Antisemitismusprävention verankert. Gleiches ist im Rahmen der regelmäßigen Fortschreibung der Lehrpläne für alle weiteren Schulformen in Vorbereitung.

In einer Zeit, in der „Du Jude“ vielfach beleidigend auf Schulhöfen zu hören ist, hat Sachsen-Anhalt eine wissenschaftliche Studie angestoßen, um die Situation an unseren Schulen genauer zu erfassen. Das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment hat „Antisemitismus im Kontext Schule – Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Schulen in Sachsen-Anhalt“ in einer qualitativen Studie untersucht. Durch Gruppendiskussionen und narrative Einzelinterviews mit Schulleitungen, Lehrkräften, aber auch mit jüdischen Familien und jungen Erwachsenen, wurde der Frage nach den Erscheinungsformen von Antisemitismus an Schulen im Land sowie ihrer Wahrnehmung und Bearbeitung nachgegangen. Die Erkenntnisse sollen dazu dienen, mehr Handlungssicherheit in kritischen Situationen zu gewinnen, Betroffene besser zu schützen und die Fortbildung weiterzuentwickeln. Die Studie wird von der Landeszentrale gefördert. Die Erhebungsphase ist abgeschlossen. Die Ergebnisse werden nun gemeinsam ausgewertet und die Veröffentlichung ist im ersten Quartal 2024 vorgesehen.

Alle Schulen in Sachsen-Anhalt verfügen über einen Krisenpräventionsordner, der in kompakter Form Informationen und Hilfestellungen für kritische Situationen bereitstellt. In Abstimmung zwischen OFEK e.V., dem schulpsychologischen Dienst im Landesschulamt und dem Ansprechpartner in der Staatskanzlei wurde eine detaillierte Ergänzung



Besuch im Museum Synagoge Gröbzig

zum Thema Antisemitismus vorbereitet. Das neue Kapitel liefert Vorschläge zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen im schulischen Kontext, klärt die Meldekette und weist Lehrkräfte und Schulleitungen auch auf externe Hilfsstrukturen hin. Die Ergänzung wurde im Oktober 2023 in Kraft gesetzt.

In Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Bildung, der Landeszentrale, dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung, dem Ansprechpartner in der Staatskanzlei und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fand am 28. November 2023 der Fachtag „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und Antisemitismusprävention im schulischen Alltag“ statt. Mit Fachvorträgen und themenspezifischen Workshops wurden Lehrkräfte aus Sachsen-Anhalt umfassend weitergebildet und für die Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus sensibilisiert.

Die Tagung soll die Berücksichtigung der eingangs genannten Empfehlung verstärken und regelmäßig an verschiedenen Orten im Land fortgesetzt werden.

Im Jahr 2022 wurde durch die Landeszentrale je eine Fahrt für Lehrkräfte und weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nach Treblinka und Auschwitz realisiert. Ziel war es, die Teilnehmenden zu den pädagogischen Möglichkeiten, die Gedenkstättenfahrten im Allgemeinen, aber auch die genannten Erinnerungsorte im Speziellen für (Schul-) Gruppen bieten können, weiterzubilden. Mit gleichem Ziel wurde im August 2022 eine Studienfahrt nach Riga organisiert. Einmal jährlich findet eine Studien- und Begegnungsfahrt nach Israel statt.

Im Rahmen des Projekts „Jüdisches Leben als Baustein ganzheitlicher Bildung. Quellen zur jüdisch-deutschen Geschichte in Sachsen-Anhalt“ hat das Landesarchiv in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale sowie dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung 2022 in der Reihe „Quellennah“ das Themenheft „Zu Hause in Sachsen-Anhalt: Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung, Selbstbehauptung und Anerkennung“ veröffentlicht. Das auch online aufbereitete archivalische Quellenmaterial kann von Lehrkräften genutzt werden und ist darüber hinaus Gegenstand von Fortbildungen.

Eine Vielfalt von außerschulischen Lernorten findet an verschiedenen Stellen in diesem Bericht Erwähnung. Hinzu tritt die im Lan-

Ziele 2024

- » Berücksichtigung der durch KMK, Zentralrat und Bund-Länder-Kommission formulierten Empfehlung im schulischen Alltag
- » Auswertung der Schulstudie des Kompetenzzentrums und Berücksichtigung ihrer Ergebnisse
- » Durchführung weiterer Fachtage
- » Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für außerschulische Lernorte
- » Konkrete Begegnung aller Schulkinder mit dem heutigen jüdischen Leben

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

desprogramm vorgegebene Aufgabe, ein Konzept für die jüdischen Gemeinden als außerschulische Lernorte zu entwickeln und dieses finanziell zu unterstützen. Die Konzeptentwicklung soll im Zusammenhang mit der ab 2024 zur Verfügung stehenden neuen Personalstelle der Landeszentrale für politische Bildung umgesetzt werden. Ziel muss es sein, dass jedes Kind in Sachsen-Anhalt im Rahmen seiner schulischen Biografie mindestens einmal eine konkrete Begegnung mit dem heutigen jüdischen Leben hat, sei es in einer heutigen oder ehemaligen Synagoge oder in den Museen in Gröbzig und Halberstadt.



Schulprojekt im Rahmen der Jüdischen Kulturtage

Aus der Praxis

**Wo kann ich auf gute
Bildungsmaterialien zugreifen?**



Informationsportal – Digitale Dienste
<https://www.bildung-lsa.de/>



Demokratiebildung

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Vertiefung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen ausländischen Gedenkstätten und deren Nutzung für spezifische Zielgruppen
- » Mehr Unterstützung für die Landeszentrale für politische Bildung

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Auf die Bedeutung einer gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung und die damit verbundenen Herausforderungen wurde bereits eingegangen. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung ist dabei von zentraler Bedeutung.

Durch den Landeshaushalt für das Jahr 2024 wurde eine zusätzliche Stelle „Antisemitismus, jüdisches Leben, Gedenkstättenfahrten“ geschaffen, um die steigenden Aufgaben in diesem Bereich zu bewältigen. Bisher konnten nicht alle Konzepte und Veranstaltungen umgesetzt werden.

Nach der Corona-Pandemie steigen die Schulfahrten zu Gedenkstätten (vor allem innerhalb Sachsen-Anhalts mit Vollfinanzierung

der Fahrtkosten). Bereits im ersten Halbjahr 2023 überstiegen die Antragszahlen des Gesamtjahres 2022 deutlich. Wünschenswert ist die zusätzliche Erhöhung der vom Landtag bereitgestellten Mittel in den Folgejahren, da eine weitere Steigerung in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Für 2024 sieht der Landeshaushalt bereits eine Erhöhung vor.

Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist im Berichtszeitraum kontinuierlich gewachsen, derzeit sind 170 Schulen im Netzwerk. Die Begleitung der Schulen und die Gewinnung neuer Schulen erfolgt durch die Landeskoordination und die Regionalkoordinatoren. Die Landeszentrale macht fortlaufend zeitgemäße und methodisch vielfältige Bildungsangebote für die Netzwerk-Schulen. Im Jahr 2023 wurden zudem erstmals im Rahmen des Jugendengagement-Wettbewerbs

zwei Engagement-Preise gestiftet, der Preis für Zivilcourage und der Batsheva-Dagan-Preis für Erinnerungskultur. Für die wachsende Zahl an Grundschulen wurden spezifische Bildungsangebote entwickelt und umgesetzt, z. B. Theater-Workshops zum Thema Mobbing, Literatur-Workshops zur Shoa und Konzerte mit dem Liedermacher Martin Rühmann, in Verbindung mit einer zweiten Auflage seiner Kinderlieder-CD.

Allerdings stößt die vorhandene Struktur angesichts des Wachstums des Netzwerks an deutliche Grenzen: Es ist gelungen, alle 14 Landkreise und kreisfreien Städte mit einer Regionalkoordination auszustatten, allerdings auf niedrigem Niveau (7.000,00 € pro Jahr für Personal, Sach- und Honorarkosten), was zu einer relativ hohen Fluktuation führt und die Effektivität der Arbeit bremst. Ziel sollte es sein, die Personal-Ressourcen dauerhaft zu stärken.

Im Jahr 2022 und 2023 konnten Schulen durch Corona bedingte Restmittel deutlich mehr Schulprojekte beantragen als in den Vorjahren, dies wird voraussichtlich in der Zukunft wieder weiter der Fall sein.

Der Landestag „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist das bundesweit erfolgreichste Format der landesweiten Vernetzungstreffen. Aufgrund deutlicher Preissteigerungen muss das Modell zukünftig auf den Prüfstand gestellt werden, sofern es keinen finanziellen Zuwachs für das Schulnetzwerk gibt. Hinzu kommt eine prekäre Situation in der Landeskoordination. Die derzeitige Personalausstattung ist noch immer auf dem Stand 2008 mit damals 19 Schulen im Netzwerk.

Nach wie vor finden durch die Landeszentrale für politische Bildung Zeitzeugengespräche mit Überlebenden der nationalsozialistischen

Diktatur/Shoa statt, sofern die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufgrund ihres hohen Alters dazu in der Lage sind. Seit Sommer 2022 wurden mit der Zeitzeugin Anastasia Gulej, deren Biographie in der Landeszentrale erschien, mehr als 30 Veranstaltungen u.a. in Schulen durchgeführt. Mit der Zeitzeugin Batsheva Dagan fanden im Jahr 2022 sechs Veranstaltungen, davon vier in Schulen und zwei öffentlich, statt. Der 2021 von der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlichte Dokumentarfilm über eine Reise von Batsheva Dagan mit einer Magdeburger Schulklasse nach Auschwitz wurde im Jahr 2022 durch eine Homepage zum Film mit umfangreichen Bildungsmaterialien ergänzt.

Im Jahr 2022 fanden mehrere Schulfahrten nach Treblinka statt, unterstützt durch die Landeszentrale für politische Bildung. Im November 2022 fand ein Arbeitsgruppentreffen mit Vertretern der Gedenkstätte Treblinka

Verleihung der Ehrennadel des Landes an die Holocaust-Überlebende Anastasia Gulej





Israeltag des Ministeriums für Bildung
mit dem israelischen Botschafter

in Sachsen-Anhalt statt. Zurzeit werden in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Bernburg Handreichungen für Lehrkräfte bzw. pädagogische Begleiterinnen und Begleiter für Reisen nach Treblinka erstellt. Ein Arbeitstreffen fand im Herbst 2023 in Treblinka statt.

Darüber hinaus produzierte die Landeszentrale – gefördert von der Bundeszentrale und in Kooperation mit drei weiteren Landeszentralen - die Verfilmung des Programms „Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen“ mit dem Kammermusikensemble Opus 45 und ergänzte diese durch eine Homepage mit umfangreichen Bildungsmaterialien. Alle genannten Materialien wurden allen weiterführenden Schulen in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt.

Ziele 2024

- » Weitere Unterstützung für die Landeszentrale für politische Bildung
- » Weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen ausländischen Gedenkstätten
- » Ausreichende Möglichkeiten zur Durchführung von Schulfahrten und Gedenkstättenbesuchen

Welche Ziele stehen derzeit prioritär
auf der Agenda der Landespolitik?

Welche Institutionen stehen für erste Anfragen zur Demokratiebildung zur Verfügung?



**Landeszentrale für
politische Bildung Sachsen-Anhalt**
<https://lpb.sachsen-anhalt.de/>



SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale
für politische Bildung

#moderndenken



Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
[https://stgs.sachsen-anhalt.de/
stiftung-gedenkstaetten-sachsen-anhalt](https://stgs.sachsen-anhalt.de/stiftung-gedenkstaetten-sachsen-anhalt)



**STIFTUNG
GEDENKSTÄTTEN
SACHSEN-ANHALT**



Demokratieportal Sachsen-Anhalt
<https://demokratie.sachsen-anhalt.de/>



#WIR SIND DAS LAND
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT



**Interview mit Melanie Engler,
Leiterin der Gedenkstätte KZ
Lichtenburg Prettin in der Stiftung
Gedenkstätten Sachsen-Anhalt**

Welche Berührungspunkte hat die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg Prettin zum jüdischen Leben?

In den Konzentrationslagern im Schloss Lichtenburg in Prettin waren Menschen jüdischer Herkunft inhaftiert, sowie Personen, die nach der NS-Gesetzgebung als jüdisch galten. Antisemitismus und die antijüdische Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten sind zentrale Themen unserer Arbeit. Zugleich thematisieren wir aber auch die Lebensgeschichten der Inhaftierten, um aufzuzeigen, wie divers und facettenreich jüdisches Leben war – und ist.

Jüdische Personen, darunter auch Angehörige ehemaliger Inhaftierter, sind heute in verschiedenen Kontexten mit der Gedenkstätte verbunden. Im Sinne eines pluralen Verständnisses von Erinnerungskultur sind jüdische Perspektiven Teil von Gedenkstättenarbeit.

Welche Zukunft sehen Sie für Gedenkstätten wie die Lichtenburg?

Mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Nationalsozialismus und dem nahenden Ende der Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenschaft werden historische Tatorte wie die Lichtenburg als materielle Sachzeugen der NS-Verbrechen immer bedeutsamer. Sie führen uns markant vor Augen, wozu Menschen fähig sind. Sie machen uns bewusst, wohin eine Gesellschaft sich entwickelt, die auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit basiert und die geprägt ist von rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen, homo- und transfeindlichen, klassistischen und behindertenfeindlichen Anschauungen und Handlungen.

Dementsprechend gilt es einerseits, die historische Bausubstanz dieser Tatorte nachhaltig zu sichern. Gleichzeitig braucht es aber auch zeitgemäße Instrumente, um die materiellen Sachzeugen für Menschen in ihrer Vielfalt sprech- bzw. lesbar zu machen.

NS-Gedenkstätten wie die Lichtenburg werden als Diskurs- und Begegnungsräume auch in Zukunft Referenzorte einer demokratischen Gesellschaft sein.

Was tun sie als Einrichtung, um sich auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten?

Wir sind über verschiedene Netzwerke im kollegialen Austausch. Das ist sehr bereichernd. Zudem hilft es dabei, sowohl die eigene Arbeit und auch die eigene Rolle bzw. das eigene Selbstverständnis als Gedenkstättenmitarbeitende zu reflektieren. Es ist wichtig, aktuelle Diskurse und Debatten zu verfolgen und daran teilzuhaben.

Ich verstehe Gedenkstättenarbeit als einen fortwährenden Prozess, nichts Abgeschlossenes oder Statisches. Vielmehr sollten Gedenkstätten offene Räume sein, die Begegnungen, Austausch und Reflexionen ermöglichen und die Menschen dazu einladen, Erinnerungskultur zu gestalten und aktiv teilzuhaben. Damit entsteht zugleich ein Netzwerk von Menschen, die mit diesen Orten verbunden sind und die Relevanz dieser Orte in die Gesellschaft spiegeln.

Gedenkstätten als offene und plurale Diskursräume zu begreifen, ist aus meiner Sicht eine wesentliche Grundlage, um sich gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen stellen zu können.

Lichtenburg

Gedenkstätte



Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

<https://gedenkstaette-lichtenburg.sachsen-anhalt.de>



Wissenschaft und Forschung

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

» Starthilfe für das bildungspädagogische Konzept des Seminars für Judaistik/Jüdische Studien an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Bildung und Begegnung bedürfen der Begleitung, Überprüfung und Vertiefung durch Wissenschaft und Forschung. Diesbezüglich ist im Land eine gewisse Entwicklung in den letzten Jahren zu beobachten, die weitergehen sollte. Der Koalitionsvertrag spricht diese Notwendigkeit ausdrücklich an. Mit dem Seminar für Judaistik/Jüdische Studien an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dessen Forschungszentrum, dem Leopold-Zunz-Zentrum, verfügt das Land über einen herausgehobenen Akteur, den es weiter zu sichern und zu entwickeln gilt.

In der Landesforschungsförderung sind für die Jahre 2023 – 2025 230.000 Euro für das Vorhaben „Das jüdische Sachsen-Anhalt zwischen Besonderung und Teilhabe am gesellschaftlichen Identitätsspektrum (ILAN-Programm)“ eingeplant. Das Projekt des Seminars für

Judaistik/Jüdische Studien untersucht im regionalen und überregionalen Kontext, wie sich Identitäten von jüdischen und nichtjüdischen Menschen in Sachsen-Anhalt entwickelten. Dies soll auch Potentiale erschließen, die für eine effektive Präventionsarbeit nutzbar sind.

Ein weiteres Projekt „Migration und Antisemitismus im europäischen Kontext“ am Judaistik-Seminar untersucht die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Konfliktfelder „Antisemitismus“, „Kolonialismus“ und die „Erinnerung an den Holocaust“ in einer postmigrantischen Gesellschaft. Ziel ist zum einen die Erforschung dieser Zusammenhänge und zum anderen die Umsetzung in gesellschaftliche Einflussnahme über Studiengänge und Politikberatung. Das Ministerium beabsichtigt die Förderung des Vorhabens zwischen 2024 und 2027 mit insgesamt 360.000 Euro und hat das Projekt entsprechend in die Liste der Landesforschungsförderung eingeplant.

Am 13. Januar 2022 hat die Hochschule Harz mit der Moses-Mendelsohn-Akademie in Halberstadt eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Beabsichtigt sind gemeinsame Aktivitäten im Hinblick auf die Themen „Grundlagen des Judentums“, „jüdische Geschichte“ und „jüdische Kultur“. Ziel dabei ist es, Studierenden aller Studiengänge interkulturelle Kompetenz, demokratische Werte und gesellschaftliche Handlungskompetenz zu vermitteln, die sich jeglichen Tendenzen von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus entgegenstellt.

An der Hochschule Magdeburg-Stendal gibt es seit Juli 2022 ein neues Institut für demokratische Kultur (IdK). Es verfolgt das Ziel, in anwendungsnahe Forschung die demokratische Gestaltung des sozialen Wandels in Sachsen-Anhalt evidenzbasiert zu begleiten. Dies erfolgt durch das Forschungsprojekt „Integrative Demokratieforschung im Land Sachsen-Anhalt - Antisemitismus, Rassismus und äußerste Rechte als Herausforderungen auf dem Weg in eine heterogen-inklusive Gesellschaft“ (IDLSA). Dieses widmet sich zentralen Herausforderungen der Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt. Die angewandte Forschung setzt an wissenschaftlichen Desiderata und an Bedarfen der Zivilgesellschaft an, berücksichtigt dabei insbesondere auch Perspektiven von Betroffenen und zeigt Gelingensbedingungen der Gestaltung einer heterogen-inklusive Gesellschaft auf. Das Forschungsprojekt beinhaltet unter dem gemeinsamen Dach der Beschreibung und Analyse demokratiegefährdender und -fördernder Phänomene drei thematische Schwerpunkte: Heterogene Gesellschaft/postmigrantische Perspektiven und Rassismus, Jüdisches Leben und Antisemitismus und Strukturen,



Projekttag mit Jugendlichen in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Strategien und Diskurse der äußersten Rechten. Diese Schwerpunkte werden auch in die Lehre und in Weiterbildungsangebote einfließen. Das Ministerium fördert bzw. beabsichtigt die Förderung des Vorhabens zwischen 2022 und 2025 mit insgesamt 1,4 Mio. Euro.

Forschungsmittel aus Programmen, die der Bund in den letzten Jahren gezielt neu aufgelegt hat, konnten für Sachsen-Anhalt bisher nicht gewonnen werden.

Überall in Deutschland sind infolge des Nahostkonflikts die Hochschulen in besonderer Weise zu Orten der Auseinandersetzung geworden. Jüdische und israelische Studierende und Studierende, die ihre Unterstützung für Israel deutlich machen, sind sehr verunsichert. Wissenschaftliche Freiheit und persönliche Sicherheit aller Studierenden sind für die Landesregierung unabdingbar.

Ziele 2024

- » Fortsetzung der begonnenen Maßnahmen und eine bessere Vernetzung der Akteure, auch unter Einbeziehung der jüdischen Gemeinschaft
- » Einwerbung von BMBF-Mitteln für ein einschlägiges Projekt in Sachsen-Anhalt

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Aus der Praxis



Ilana-Programm der Jüdischen Studien in Halle

Ilana erforscht jüdische Geschichte im Land und bildet alle Altersgruppen zur lebendigen jüdischen Tradition weiter. Für eine effektive Bildungs- und Präventionsarbeit soll dabei das Judentum möglichst mit allen Sinnen kennengelernt werden. Im Rahmen von Projekttagen an Schulen wird unter Anleitung eine digitale Synagogenführung durchgeführt und über Grundlagen des Judentums gesprochen. Traditionen werden auch über die hebräische Schrift und Spiele entdeckt. Nach einer Einführung zu den jüdischen Speisegesetzen mit Bezug auf die heutige Lebensmittelindustrie werden zudem vorbereitete Rezepte nachgekocht. Ausgehend von jüdischen Beispielen (Schrift, Gerichte, Bräuche) thematisieren und diskutieren die Schülerinnen und Schüler Themen wie Einwanderung, Familientraditionen, Sexualitäten, Identitäten, Pluralität etc. Neben der Antisemitismusprävention ist so auch ein Austausch über gesellschaftliche Vielschichtigkeit möglich.



Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://www.judaistik.uni-halle.de/forschungsprojekte/ilan/>



Berend Lehmann Museum für jüdische Geschichte und Kultur – eine Einrichtung der Stiftung Moses Mendelssohn Akademie



Halberstadt hat eine lange jüdische Tradition, die über bauliche Zeugnisse die jahrhundertlange jüdische Geschichte der Stadt widerspiegelt. Berend Lehmann, nach dem das Museum benannt wurde, gehörte zu den bedeutendsten Hofjuden seiner Zeit. Das Museum ist integraler Bestandteil des ehemaligen jüdischen Viertels.

Jüdische Geschichte und Kultur wird über die Dauerausstellung „Koscher, Klaus & Kupfer“ vermittelt. Das Projekt „digitales jüdisches Halberstadt“ ermöglicht zudem einen Stadtrundgang. Über eine analoge Beschilderung im Stadtbild und entsprechende QR-Codes kann das historische jüdische Viertel in Halberstadt nun eigenständig erkundet werden. Damit wird das Portfolio des Museums, das sich von Individualtourismus über Gruppenführungen

und Seminare für beispielsweise Schulklassen oder Klassen der Fachhochschule Polizei in Aschersleben erstreckt, durch einen barrierefreien, zeitunabhängigen Zugang zu Informationen ergänzt. Im Museum profitieren Interessierte von den Exponaten mit Halberstädter Bezug, die dem Museum durch den Kontakt mit ehemaligen Halberstädter jüdischen Familien und ihren Nachkommen bereitgestellt werden und die Sammlung immer weiter ergänzen. Das Museum beteiligt sich auch an den Jüdischen Kulturtagen in Sachsen-Anhalt. Gemeinsam mit dem Museumsverband Sachsen-Anhalt ist in den nächsten Jahren eine Wanderausstellung zu Judaica aus Sachsen-Anhalt in Vorbereitung. Im Jahr 2026 feiert das Berend Lehmann Museum 25 jähriges Jubiläum und 2030 wird der 300. Todestag von Berend Lehmann thematisch begleitet.



Jüdisches Halberstadt

<https://berendlehmannmuseum.de/>

Jüdisches Erbe und jüdische Kultur

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Stärkung der Vermittlungsarbeit der Stätten jüdischen Erbes in Sachsen-Anhalt
- » Landesweite Jüdische Kulturtage erstmals im Jahr 2021

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Zur Stärkung jüdischen Lebens heute gehört es auch, wieder neu ins allgemeine Bewusstsein zu rücken und sichtbar zu machen, welche bedeutende Tradition das jüdische Leben in Sachsen-Anhalt, bis hinein in die kleinen Städte und Dörfer, einmal hatte und insofern Brücken von der Vergangenheit in die Gegenwart zu schlagen. Vor diesem Hintergrund hat sich Sachsen-Anhalt mit zahlreichen Vorhaben an der Initiative „321-2021: 1700-Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ beteiligt. Dies hat Projekten zum jüdischen Erbe und zur jüdischen Kultur viel Rückenwind gegeben. Impulse daraus können hoffentlich nachhaltige Wirkung entfalten.

Das Projekt „Jüdisches Leben als Baustein ganzheitlicher Bildung. Quellen zur jüdisch-deutschen Geschichte in Sachsen-Anhalt“ des

Landesarchivs konnte mit einer Print-Publikation, der Onlinestellung der aufbereiteten Inhalte sowie der Durchführung von Workshops und Fortbildungen 2022 abgeschlossen werden. Das Landesarchiv präsentiert seitdem auf seiner Homepage eine kommentierte Auswahl relevanter Quellen zu jüdischem Leben auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt. Dieses Onlineangebot „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt. Eine archivische Spurensuche“ wird kontinuierlich ausgebaut und um systematische Recherchezugänge erweitert, die allen Interessierten weiterführende Forschungen erleichtern.

In drei Stätten des jüdischen Erbes konnte ab dem Jahr 2022 die Vermittlungsarbeit deutlich gestärkt werden. Auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses vom 26. Januar 2021 zur „Weiterentwicklung und perspektivischen Förderung der Moses Mendelssohn

Akademie Halberstadt“ werden im Berend Lehmann Museum seit dem Jahr 2022 über eine fünfjährige Projektförderung insgesamt vier Stellen für die Museumsarbeit gefördert. Die mit Landesmitteln neugestaltete und erweiterte Dauerausstellung des Berend Lehmann Museums, „Koscher, Klaus & Kupfer“, stellt die Geschichte der Juden am Beispiel der vormals Halberstädter jüdischen Bevölkerung dar.

Für das Museum Synagoge Gröbzig wurde ab dem Jahr 2022 eine zusätzliche museumspädagogische Stelle geschaffen. Aus Landes- und Bundesmitteln wird derzeit in Gröbzig die Dauerausstellung umfassend überarbeitet, deshalb findet die museumspädagogische Arbeit gegenwärtig insbesondere in Schulen statt.

Auch in der mit Landesmitteln neu geschaffenen Ausstellung der Moses Mendelssohn Gesellschaft in Dessau-Roßlau erfolgt seit August 2022 museumspädagogische Vermittlungsarbeit. Die Moses Mendelssohn Gesellschaft bereitet zudem den 300. Geburtstag Moses Mendelssohns, der 1729 in Dessau geboren wurde, vor.

Außerdem wurde in Halberstadt und Gröbzig mit der Umsetzung von sicherheitstechnischen Empfehlungen des Landeskriminalamts begonnen.

Im Rahmen des Festjahres „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ wurden im Herbst 2021 die ersten landesweiten Jüdischen Kulturtage mit finanzieller und ideeller Unterstützung des Landes durchgeführt. Träger war der Leopold-Zunz-Verein aus Halle (Saale). Aufgrund der Corona-Pandemie erfolgte ihre Verlängerung in das Frühjahr 2022. Von September 2021 bis Juni 2022 fand



Chor der Jüdischen Gemeinde zu Magdeburg e.V.

in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Sachsen-Anhalts ein fröhliches und vielfältiges Programm rund um jüdische Geschichte, Kultur, Religion und jüdisches Leben mit insgesamt mehr als 160 Veranstaltungen statt.

Vom 15. Oktober bis 7. Dezember 2023 fanden die zweiten landesweiten Jüdischen Kulturtage unter dem Motto „Jüdisches Sachsen-Anhalt von Alef bis Taw“ statt; sie waren allerdings durch die veränderte Sicherheitslage seit dem 7. Oktober deutlich eingeschränkt. Träger war dieses Mal der Landesverband Jüdischer Gemeinden. Die landesweiten Jüdischen Kulturtage finden auf der Basis von Artikel 11 des Vertrages zwischen dem Land und der jüdischen Gemeinschaft statt, unter Einbindung aller Gemeinden und in enger „Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Organisationen“. Sie werden durch das Land Sachsen-Anhalt finanziell gefördert.

Die Kulturtage können die Komplexität sozialer, kultureller und politischer Prozesse im Kontext jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt reflektieren und eine wirksame landesbezogene Bindungskraft entfalten. Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern im Land die reiche und vielfältige jüdische Geschichte und Kultur sowie das seit 1990 wieder verstärkt aufblühende jüdische Leben bewusster und erlebbar zu machen. Die Kulturtage können damit eine wichtige Vermittlungsfunktion im Bereich interkultureller Kompetenz und Sichtbarkeit von jüdischem Leben leisten, gesellschaftlichen Austausch und den Abbau von Vorurteilen fördern.

Da in einzelnen Orten im Land eigene jüdische Kulturtage seit langem etabliert sind, besteht die Absicht, in Zukunft in einem gewissen Turnus zwischen lokalen und landesweiten Formaten zu wechseln.

Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA) hatte im Jahr 2021 eine Projektstelle zur jüdischen Geschichte Sachsens-Anhalts eingerichtet, die dem Institut für Landesgeschichte zugeordnet war. Es handelte sich um eine auf zwei Jahre befristete Stelle, die mit dem Ziel verbunden war, Forschungsperspektiven zur jüdischen Geschichte Sachsens-Anhalts zu erarbeiten. Leider ist diese inzwischen nicht mehr besetzt.

Die allgemein erhöhte Aufmerksamkeit für jüdische Themen rückt auch Belange des Denkmalschutzes an ehemaligen Synagogen und alten jüdischen Friedhöfen stärker in den Fokus. Es erhöhen sich entsprechende Anfragen und Bitten um Unterstützung, etwa bei der Trauerhalle in Köthen oder bei dem aktuellen Ausgrabungsfund in Weißenfels.

Sukkot für Familien



Der Museumsverband Sachsen-Anhalt hat den Museen im September 2023 eine Fortbildung angeboten, die sich mit Judaica und Objekten jüdischer Herkunft befasste. Sie sollte den Museumsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zugleich eine Einführung ins jüdische Leben geben und für museale jüdische Sammlungsbestände sensibilisieren.

Die Landeszentrale für politische Bildung führte im Bereich der Vermittlungsarbeit mehrere Veranstaltungsreihen durch: So fanden insgesamt sechzehn Schulvorführungen und Sonderveranstaltungen unter dem Titel „Walter Kaufmann – Welch ein Leben!“ im Jahr 2022 mit insgesamt 623 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an verschiedenen Orten statt. 2022 wurden vier Schulvorführungen und Sonderveranstaltungen mit gesamt 390 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Vorführung „Wir sind Juden aus Breslau - Überlebende Jugendliche und ihre Schicksale nach 1933“ durchgeführt. Das Kooperationsprojekt der Moses Mendelssohn Akademie und der Landeszentrale „Offene jüdische Häuser – Zu Gast bei ...“ am 11. September 2022 in Halberstadt war erfolgreich und wird fortgesetzt. Bei der in Kooperation durchgeführten Veranstaltungsreihe der Kreisvolkshochschule des Altmarkkreis Salzwedel und der Landeszentrale unter dem Titel: „Ein ganz gewöhnlicher Jude – Monolog einer Abrechnung“ von Charles Lewinsky (szenische Lesung mit Alexander Netschajew und anschließender Diskussions-/Gesprächsrunde) im Jahr 2023 fanden vier Schulveranstaltungen mit gesamt 365 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Zum historischen Erbe in Sachsen-Anhalt gehören die vier schändlichen antijudaistischen Schmähplastiken an und in Kirchen in Calbe (Saale), Magdeburg, Wittenberg und Zerbst.

Sie befinden sich im Eigentum der jeweiligen Kirchengemeinde bzw. der Kulturstiftung des Landes. Gleichwohl betreffen sie das Land Sachsen-Anhalt im Ganzen.

Die Position der Landesregierung ist im Landesprogramm von 2020 deutlich formuliert: „Ohne Zweifel ist der Antijudaismus, der sich in solchen Darstellungen findet, entschieden zu verurteilen. Trotzdem sind im Umgang mit ihnen heute unterschiedliche Wege möglich. ... In jedem Fall ist es wichtig, diese Plastiken nicht unkommentiert zu lassen, sondern sich kritisch mit ihnen und ihrem Entstehungskontext auseinanderzusetzen, sie gegebenenfalls auch in ihrer Sichtbarkeit einzuschränken.“

Seit 2020 ist einiges geschehen, aber die Situation ist noch nicht zufriedenstellend.

Um zur Versachlichung der fortwährenden Diskussionen beizutragen, hat das Ministerium für Bildung im Jahr 2022 das Projekt „sus et judaei – Schmähplastiken in Sachsen-Anhalt“ und im Jahr 2023 das Projekt „Bildspuren. Wege und Möglichkeiten des Umgangs mit judenfeindlichen Darstellungen im öffentlichen Raum“ der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt jeweils anteilig gefördert. Die Projekte zeigen die Historie, die Wirkweise und die Folgen von christlichem Antijudaismus auf und wie diese Bezüge im modernen Antisemitismus fortbestehen. Über ein multimediales Informationsportal werden die „Judensau“-Darstellungen im Land erfasst. Flankiert von Vorträgen und weiteren öffentlichen Veranstaltungen wird so ein kritisches Nachdenken über die Schmähplastiken ermöglicht und ein Debattenraum geschaffen. Zugleich berät die Evangelische Akademie, soweit gewünscht, die Gemeindegemeinderäte an den jeweiligen Orten. So unerträglich die Darstellungen dieser Reliefs sind, so zeigt sich doch

auch: Der Austausch über die beste Form des Umgangs mit ihnen, über ihre Kontextualisierung und bewusste Akte des Erinnerns und Mahnens kann auch Anlass für das notwendige erinnernde Bewahren der Geschichte und das Bekennen historischer Schuld sein.

In Calbe (Saale) entschied der Gemeindekirchenrat, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Sichtbarkeit der Schmähskulptur dauerhaft eingeschränkt werden soll. Zusätzlich werden Informationsmaterialien und eine Lernplattform entwickelt. Die Schmähplastik selbst ist durch befristete Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde derzeit verhüllt. Eine dauerhafte Genehmigung der Verhüllung wird durch den Gemeindekirchenrat angestrebt. Es wird wichtig sein, die Stadtgesellschaft auf diesem Weg mitzunehmen.

Im Magdeburger Dom ist die Schmähplastik unverändert der allgemeinen Sichtbarkeit entzogen.

Vor der Zerbster Nicolaikirche wurde im Juni 2023 durch die Anhaltische Landeskirche ein „Gegendenkmal“ aufgestellt, nachdem bereits Anfang 2022 eine Informationstafel unter der Schmähplastik angebracht wurde.

Die Situation an Martin Luthers Predigtkirche in der Lutherstadt Wittenberg wird national und international mit besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen. Zwar sind auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft die Meinungen zum angemessenen Umgang mit der Schmähplastik an der Stadtkirche nicht einhellig, der Landesverband in Sachsen-Anhalt befürwortet allerdings die Abnahme. Der Bundesgerichtshof hat im Juni 2022 entschieden, das Relief könne an der Kirche verbleiben. Ein vom Gemeindekirchenrat berufener Beirat gab wiederum im Juli 2022 Empfehlungen ab, die auf eine Veränderung der derzeitigen Situation abzielen, insbesondere eine Entziehung der gegenwärtigen Sichtbarkeit in Abstimmung mit dem

Ziele 2024

- » Verstetigung und qualitative Weiterentwicklung der landesweiten Kulturtage
- » Weitere Stärkung der Kulturstätten in Dessau-Roßlau, Gröbzig und Halberstadt
- » Einvernehmliche Lösungen an den verschiedenen Orten im Umgang mit den Schmähplastiken unter Einbeziehung der jüdischen Gemeinschaft

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Denkmalschutz und auf eine Kontextualisierung durch ein zeitgemäßes pädagogisches Konzept.

Der Gemeindegemeinderat ist dieser Empfehlung nicht gefolgt und hat den Dialog mit seinem Beirat nicht fortgesetzt. Er verweist darauf, dass mit der künstlerisch gestalteten Texttafel im Boden vor der Schmähplastik, die durch eine Initiative Wittenberger Bürgerinnen und Bürger bereits 1988 gegen den Willen des DDR-Regimes angebracht wurde und die inzwischen ihrerseits denkmalgeschützt ist, bereits seit langem eine eindrückliche Mahnung in Auseinandersetzung mit der Schmähplastik geschaffen sei. Er beschloss, das Relief an der Kirche zu erhalten und an und in der Kirche

erneuerte Informationen erarbeiten zu lassen, die über christlichen Antijudaismus informieren. Dies ist inzwischen erfolgt und stellt eine Verbesserung dar. Kirchengemeinde und Stadtrat, dieser zuletzt mit einstimmigem Beschluss vom September 2023, vertreten die Position, die Schmähplastik sei inzwischen als Teil eines Gesamtensembles eine „Stätte der Mahnung“.

Gleichwohl ist die Diskussion darüber, vor allem überregional, nicht zu Ende. Sie belastet das Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft und sie schadet der Stadt und dem Land. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass alle Beteiligten neu aufeinander zugehen und sich um eine gemeinsame Lösung bemühen. Die jüdische Gemeinschaft muss dabei einbezogen werden.

Aus der Praxis



Museum Synagoge Gröbzig

Gröbzig ist eine typisch ländliche Kleinstadt inmitten Sachsen-Anhalts, die etwas Einzigartiges im deutschsprachigen Raum aufweist. Ein Ensemble aus Synagoge, jüdischer Schule, Gemeindehaus und Friedhof, das in der Pogromnacht verschont geblieben ist und heute als Museum deutsch-jüdische Geschichte präsentiert. Ergänzt wird das Angebot durch Veranstaltungen und museumspädagogische Angebote.

Das Museum Synagoge Gröbzig verfolgt in seiner pädagogischen Arbeit eine dialogbasierte Herangehensweise in der Vermittlung jüdischer Kultur und Religion. Hierbei werden beispielsweise Aussagen der Schülerinnen und Schüler, die unbewusste Spuren von Antisemitismus beinhalten, auf altersgerechte Weise besprochen und aufgelöst. Diese Workshops ermöglichen wertvolle Begegnungen, die zu einem differenzierten Umgang mit anderen Kulturen und Religionen hinführen.



Synagoge Gröbzig

<https://www.groebziger-synagoge.de/>

Gedenken, Erinnern, Sichtbar machen

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Mehr Sichtbarkeit für Orte und Zeiten, die für das jüdische Leben in Sachsen-Anhalt von Bedeutung sind
- » Der „Jüdische Kalender Sachsen-Anhalt“ sollte in jeder öffentlichen Einrichtung im Land seinen festen Platz haben
- » Prüfung eines touristischen Wegs durch das jüdische Sachsen-Anhalt

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Der „Jüdische Kalender Sachsen-Anhalt“, der vom Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalts herausgegeben wird, wird seit dem Jahr 5782 (2021/2022 nach der gregorianischen Zeitrechnung) in stark erhöhter Auflage gedruckt, jährlich im Kabinett vorgestellt und durch eine Pressemitteilung beworben sowie mit Unterstützung der Landeszentrale und des Ansprechpartners intensiv in den Landesbehörden und darüber hinaus verbreitet.

Das Landesprogramm enthält den Auftrag, Möglichkeiten eines „touristischen Weges durch das jüdische Sachsen-Anhalt“ zu prüfen. Im Dezember 2021 hat in Zusammenarbeit von Staatskanzlei, Wirtschaftsministerium, Moses-Mendelssohn-Akademie, Vertreterinnen und

Vertretern von Hochschulen, dem Landestourismusverband und anderen ein erster Workshop zu Fragen eines touristischen Konzeptes, der touristischen Nachfrage, erlebbarer touristischer Orte sowie der Sicherstellung der Unterhaltung touristischer Orte stattgefunden. Als Pilotprojekt wurde daraufhin durch die Stiftung Moses Mendelssohn Akademie das aus Mitteln des Ministeriums geförderte Projekt „Digitales jüdisches Halberstadt“ initiiert und zwischenzeitlich umgesetzt. Zur Verbesserung der Sichtbarkeit des jüdischen Erbes und von dessen Zugänglichkeit für Touristen wurden Orte jüdischer Geschichte beschildert und über eine neu geschaffene Website digital ausgespielt.

Die Frage, ob über solche Einzelprojekte hinaus Möglichkeiten bestehen, die ver-

besserte Sichtbarmachung jüdischer Orte in Sachsen-Anhalt mit touristischem Mehrwert zu verbinden, könnte im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geklärt werden. Am Institut für Tourismusforschung der Hochschule Harz ist entsprechende Expertise vorhanden und es besteht Interesse, sich diesbezüglich zu engagieren.

Wahrzunehmen ist, dass das historische jüdische Leben und seine Stätten in ganz Deutschland erhöhte Aufmerksamkeit erhalten, die sich auch mit touristischen Überlegungen verbindet: Im September 2023 erfüllten sich die langjährigen Bemühungen der Stadt Erfurt, als sie für das jüdisch-mittelalterliche Erbe in das UNESCO-Welterbe aufgenommen wurde. Erfurt folgte damit auf die SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz, die diesen Titel bereits im Juli 2021 erhielten. In Sachsen konkretisieren sich Pläne für ein jüdisches Museum, welches sich thematisch länderübergreifend mit dem Judentum in Mitteldeutschland auseinandersetzen soll. Eine Einweihung bis zum 800-jährigen jüdischen Lebens in Sachsen 2026 ist angedacht. Auch der Beschluss der hiesigen Landesregierung „Ein starkes Sachsen-Anhalt in Europa und der Welt. Bündelung der strategischen Ziele in Europapolitik und internationaler Zusammenarbeit für die 8. Legislaturperiode“ vom Juli 2022 hebt die Bedeutung zahlreicher jüdischer Stätten im Land für den „roots tourism“ und kulturhistorisch interessierte Personen hervor.

Zur Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt gehören unter anderem Gedenkorte, die an Verbrechen des Nationalsozialismus und insoweit auch an die Diskriminierung, Ausgrenzung und Ermordung der Jüdinnen und Juden erinnern. Dies sind die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, die Gedenkstätte für

Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen und die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale).

Die Stiftung befasst sich zum Beispiel intensiv mit den Schicksalen jüdischer Häftlinge in Langenstein-Zwieberge; Impulse gehen hier von bestehenden Austauschprojekten mit italienischen und französischen Jugendlichen und von der in Langenstein aktiven internationalen „Gruppe der 2. Generation“ aus. Für die Gedenkstätte „Roter Ochse“ bietet sich insbesondere die Befassung mit der Rolle der Justiz bei antijüdischen Maßnahmen im nationalsozialistischen Deutschland an.

Die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge hat im Jahr 2021 eine Veranstaltungsreihe zur Sichtbarmachung der Diversität jüdischen

Synagoge in Halle (Saale)



Lebens gestartet. Die Stiftung hat im gleichen Jahr eine Wanderausstellung unter dem Titel „Als Jüd:innen markiert und verfolgt. Jüdische Identitäten und NS-Tatorte in Sachsen-Anhalt“ erstellt. Am 9. November 2021 wurde sie in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin feierlich eröffnet. An jeder Station wird seither ein Begleitprogramm bestehend aus Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-schulung zum Thema „Vorurteile und antisemitische Stereotype früher und heute“ sowie ein Schulprojekttag zum Thema „Was ist jüdisch?“ angeboten. Die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin hat die Wanderausstellung „Auftakt des Terrors. Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ erarbeitet, die am 12. Juni 2023 eröffnet wurde. Sie zeigt die Funktion der frühen Konzentrationslager als zentrales Terrorinstrument zur Zerstörung der Demokratie und zum Aufbau der NS-Diktatur.

Die Stiftung Gedenkstätten hat in den letzten Jahren einen Teil der Landesmittel, die sie für bauliche Investitionen erhält, für sicherheitstechnische Maßnahmen eingesetzt. Aktuell hat sie eine Erhebung zu Diebstählen, Sachbeschädigungen und politischen Schmierereien der letzten fünf Jahre in ihren Gedenkorten durchgeführt. Diese ergab, dass politisch motivierte Vorfälle, aber auch Sachbeschädigungen im Vergleich zu anderen Bundesländern eher selten vorkommen. Eine Ausnahme stellt die Gedenkstätte Fehlbach bei Isenrode dar. Hier kam es in den letzten Jahren mehrfach zu schädigenden Vorfällen, bei denen eine politische Motivation nahe liegt.

Die Landeszentrale für politische Bildung fördert Fahrten, die im Rahmen des Bundesprogrammes „Jugend erinnert“ durch „Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt gGmbH“ umgesetzt werden. Im Jahr 2022 wurden so 14 Fahrten

mit 450 Teilnehmenden in die Gedenkstätten Auschwitz und Treblinka unterstützt. Für 2023 sind ebenfalls 14 Fahrten mit voraussichtlich 370 Teilnehmenden zu den genannten Erinnerungsorten in Planung. Als Ergebnis der Energiekrise, in Folge des Krieges in der Ukraine und aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten bei der Reise- und Unterbringungsplanung in Folge der Corona-Pandemie sind die Kosten der Durchführung deutlich gestiegen. Die Landeszentrale hat daher ihre Unterstützungssätze erhöht, um die Preissteigerungen für die Teilnehmenden zu begrenzen.

Bald 80 Jahre nach der Befreiung des Lagers Auschwitz ist es dringlich, auch in Sachsen-Anhalt weiter über die „Zukunft der Erinnerung“ an die nationalsozialistischen Verbrechen nachzudenken. Die Verpflichtung zur Erinnerung bleibt bestehen. Es geht dabei nicht um die Schuld künftiger Generationen, wohl aber um die Verantwortung für das, was geschehen ist, und um künftige Wachsamkeit.

Um dieser Erinnerung Zukunft zu geben, sind in den letzten Jahren auch in Sachsen-Anhalt veränderte Formate gefunden worden. Das ist hilfreich, aber die Zeit steht nicht still. Es ist notwendig, verstärkt nach Formen zu suchen, die an die sich verändernden Rahmenbedingungen, etwa dem Ende der direkten Zeitzeugenschaft oder sich ändernden Rezeptionsgewohnheiten, anschlussfähig sind. Etablierte Rituale – Gedenktage, Orte, Formeln – sind weiterhin hilfreich. Das besondere Erinnern im Jahresverlauf am 27. Januar und am 9. November sowie in Sachsen-Anhalt am 9. Oktober, soll erhalten bleiben. Solche Rituale begegnen aber zunehmend auch kritischen Anfragen, wie sie sich beispielsweise in dem vorwurfsvollen Wort vom deutschen „Erinnerungstheater“ festmachen. Diese Vorwürfe

schmerzen, aber sie haben auch ihre Berechtigung. Gerade auf dem sensiblen Gebiet der Erinnerung(spolitik) ist es besonders notwendig, das eigene Tun fortwährend zu überprüfen.

Erinnerung ist heute durch revisionistische Weltbilder besonders gefährdet. Aber auch Positionen, die sich als progressiv verstehen, etwa wenn sie sich auf die international geführte Debatte um Postkolonialismus und den „globalen Süden“ beziehen, sind kritisch zu hinterfragen. Die erweiterte Thematisierung von Feldern der Erinnerung ist notwendig. Sie darf aber nicht zur Relativierung oder Marginalisierung der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen führen. Insofern bleibt die Erinnerung an die Shoah identitätsstiftend für unser Land.

Zur Zukunft der Erinnerung gehört die Aufgabe, die jüdische Gemeinschaft als Teil unserer

Gesellschaft stärker einzubeziehen. Wie in allen Bereichen, so auch hier sollte gelten: Das, was wir als Gesellschaft tun, tun wir zusammen mit der jüdischen Gemeinschaft, die ein Teil unserer Gesellschaft ist. Wir reden und handeln nicht über-, sondern miteinander.

In Sachsen-Anhalt leben mittlerweile auch viele Bürgerinnen und Bürger mit migrantischem Hintergrund, die aufgrund ihrer Prägung einen ganz anderen Blick auf Fragen der deutschen Erinnerungskultur haben. Sie sind nicht mit dem deutschen Erinnerungsnarrativ aufgewachsen, kommen teilweise aus Staaten, die offene Feindschaft zu Israel und Antisemitismus verbreiten. Sie können sich nur schwerlich mit der Rolle, die Erinnerung an die Shoa in Deutschland spielt, identifizieren. Aber wenn sie Teil unserer Gesellschaft sind, dann ist es notwendig, auch sie in die Bemühungen, der Erinnerung eine Zukunft zu geben, mit hineinzunehmen.

Ziele 2024

- » Machbarkeitsstudie für einen touristischen Weg durch das jüdische Sachsen-Anhalt
- » Hinreichende Unterstützung für die Stiftung Gedenkstätten
- » Ein gesellschaftlicher Dialog über die „Zukunft der Erinnerung“

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Jüdisches Halle



„Jüdisches Halle“ ist ein Projekt der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis in Kooperation mit dem Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle, in welchem engagierte Jugendliche interaktive digitale Stadtrundgänge durch Halle (Saale) erstellen. Die Touren machen die Facetten jüdischen Lebens in Halle vom Mittelalter bis heute sichtbar und erlebbar, regen Menschen zum Nachdenken an, bringen sie in Kontakt miteinander und tragen auf diese Weise dazu bei, Vorurteile abzubauen. Zwei Touren hat das Projekt bereits veröffentlicht: „Jüdisches Halle – gestern und heute“ und „Jüdisches Halle – Biographien zwischen Reileck und Saale“. Sie sind über die kostenfreie App Actionbound abrufbar und vermitteln Inhalte interaktiv und abwechslungsreich: Nutzerinnen und Nutzern werden Informa-

tionstexte, Videos, Fotos und Audiobeiträge angezeigt. Sie können zudem selbst Fotos machen, Sprachnachrichten aufnehmen oder kurze Texte schreiben. Das Projekt wurde im November 2022 mit dem erstmals ausgelobten Ehrenamtspreis für jüdisches Leben in Deutschland des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ausgezeichnet.



Actionbound – Projekt „freistil“

<https://freistil-lsa.de/actionbound/ueber-das-projekt/>



Jüdisches Halle – gestern und heute

<https://de.actionbound.com/bound/juedischesLebeninHalle>



Jüdisches Halle - Biographien zwischen Reileck und Saale

<https://de.actionbound.com/bound/JuedischesHalleBiographien>

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt – „Bildspuren“



Über Jahrhunderte bildeten christlich geprägte Vorstellungen die Grundlage für antijüdische Bilder und Erzählungen. Mit dem Projekt „Bildspuren“ möchte die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt zur kritischen Auseinandersetzung mit den jüdenfeindlichen Motiven anregen und über die Genese und die Folgen christlich motivierter Judenfeindschaft aufklären. Ziel des Projektes ist es auch, für die historischen Bezüge zwischen vormodernen und modernen Artikulationsformen des Antisemitismus zu sensibilisieren. Im Projekt entsteht zu diesem Zweck ein barrierearmes und multimediales Informationsangebot, das die vier „Judensau“-Darstellungen problematisiert, die sich heute in und an Kirchen in Sachsen-Anhalt befinden. Darüber hinaus werden im Rahmen des Projekts öffentliche Veranstaltungen, Seminare und Workshops ausgerichtet – flankiert von einer Ausstellung, einer Filmreihe und einer Exkursion.



Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt

<https://ev-akademie-wittenberg.de/aktivitaeten/bildspuren/>

Freundschaft mit Israel

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Mehr Partnerschaften auf den verschiedenen Ebenen von Land und Kommunen
- » Wittenberg soll Sitz des geplanten Deutsch-Israelischen Jugendwerks werden

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Die Beziehungen zu Israel sind und bleiben in Deutschland etwas Besonderes. Die Unterstützung des Staates Israel ist eine besondere Verpflichtung aus der deutschen Geschichte. Der brutale Überfall der palästinensischen Terrororganisation Hamas vom 7. Oktober 2023, deren Ziel die Vernichtung Israels ist, unterstreicht auf schmerzhaft Weise noch einmal ganz deutlich die Notwendigkeit, dass wir mit dem Staat Israel und seiner Zivilgesellschaft solidarisch sind.

Die jüdische Gemeinschaft fühlt sich dem Staat Israel als „Heimstatt des jüdischen Volkes“ intensiv verbunden. Dies begründet auch viele persönliche Beziehungen, die die jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt nach Israel pflegt. Die Gemeinde zu Halle (Saale) organisiert jähr-

lich Bildungsreisen dorthin. Der Wunsch nach einem sicheren Rückzugsort, der in dem Wort von der „Heimstatt“ seinen Ausdruck findet, hat mit dem Terrorangriff der Hamas eine tiefgreifende Erschütterung erfahren.

Innere Auseinandersetzungen in der israelischen Gesellschaft werden auch in Deutschland kontrovers wahrgenommen. Dies vermischt sich aber in den letzten Jahren immer häufiger mit israelfeindlichem Antisemitismus. Hier ist höchste Aufmerksamkeit geboten. Es bleibt dabei, dass in Sachsen-Anhalt all diejenigen, die das Existenzrecht Israels in Zweifel ziehen oder antiisraelische Ziele propagieren, keinerlei Wohlwollen und keine Unterstützung erwarten können. Auch darf die jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt nicht für Entwicklungen in Israel in Verantwortung genommen werden.

Die Studie „Deutschland und Israel heute – Zwischen Verbundenheit und Entfremdung“, veröffentlicht im September 2022 von der Bertelsmann-Stiftung im Auftrag des Zentralrats der Juden in Deutschland, wirft Schlaglichter auf das derzeitige Meinungsbild. 46 Prozent der Deutschen haben demnach ein positives Bild von Israel, 34 Prozent ein schlechtes. In Israel hingegen herrscht ein weit positiveres Deutschlandbild vor, hier vertreten 63 Prozent der Israelis eine gute Meinung und nur 19 Prozent eine schlechte. Die Werte unterscheiden sich nach dem Lebensalter: Jüngere Deutsche (18- bis 29-Jährige) bewerten die israelische Regierung negativer als der deutsche Gesamtschnitt und deutlich mehr Personen aus dieser Alterskohorte sehen heute keine besondere Verpflichtung Deutschlands mehr gegenüber dem Staat Israel. Weiterhin bieten die in der Studie erhobenen Zustimmungswerte in Deutschland zu israelbezogenen Antisemitismus (36 Prozent) und einem „Schlussstrich“ unter die NS-Vergangenheit (49 Prozent) Anlass zur Sorge. Diese Angaben korrespondieren mit den oben vorgestellten Trends aus der aktuellen Einstellungsforschung.

Die Konsequenz aus solchen Beobachtungen kann auch für Sachsen-Anhalt nur lauten: Es ist wichtig, die Freundschaft mit Israel auf allen Ebenen zu vertiefen. Zentral sind ein genaueres Wissen beider Bevölkerungen umeinander und die persönliche Begegnung. Natürlich steht dies alles gegenwärtig unter den Vorzeichen des Terrorangriffs vom 7. Oktober 2023, der die Situation grundlegend verändert hat, und seiner Folgen, die noch nicht absehbar sind.

Freundschaft mit Israel wird in Sachsen-Anhalt bereits auf vielfältige Weise gelebt: kulturell, wirtschaftlich, über Bildungsoperationen (etwa der Zusammenarbeit von



Menora vor der Knesset (Israels Parlament) in Jerusalem

Bildungsministerium und Gedenkstätte Yad Vashem auf den Gebieten der Gedenkstättenpädagogik und Erinnerungskultur), durch Maßnahmen des Jugendaustausches oder vielfältige Beziehungen im Hochschulbereich. Der Beschluss der Landesregierung vom 12. Juli 2022 „Ein starkes Sachsen-Anhalt in Europa und der Welt. Bündelung der strategischen Ziele in Europapolitik und Internationaler Zusammenarbeit“ unterstreicht dies deutlich.

Partnerschaften entstehen zumeist auf Basis persönlicher Kontakte und gemeinsamer Interessen und Aktivitäten. Das zuständige Fachreferat in der Staatskanzlei ist hier unterstützend tätig und hält entsprechend Fördermittel, u. a. für kommunalpartnerschaftliche Aktivitäten, bereit. Zusätzliche Partnerschaften sind sehr wünschenswert.

Bislang bestehen zwei Partnerschaften auf kommunaler Ebene zwischen Sachsen-Anhalt

und Israel: die Verbandsgemeinde Unstruttal hat eine Partnerschaft mit der israelischen Stadt Lehavim und die Stadt Burg mit der Stadt Tira.

Zusätzlich strebt die Landeshauptstadt Magdeburg eine Partnerschaft mit der israelischen Stadt Kiryat Motzkin an. Im März 2023 wurde hierzu eine entsprechende Absichtserklärung in Israel unterzeichnet, im Juli 2023 erfolgte der Gegenbesuch nach Magdeburg. Die angestrebte Städtepartnerschaft mit Kiryat Motzkin geht auf einen Beschluss des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg zurück.

In Halle (Saale) gründete sich im August 2023 der Verein „Freundeskreis Halle-Haifa“ mit dem langfristigen Ziel, eine Städtepartnerschaft zu ermöglichen, zuvor aber bereits den Austausch und die Beziehungen zwischen beiden Städten zu fördern und Antisemitismus zu bekämpfen. Bürger- und Schulreisen sind angedacht.

In Halle (Saale) und Magdeburg gibt es aktive Regionalgruppen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), die durch regelmäßige Veranstaltungen, Reisen und Begegnungsformate wichtige Unterstützung leisten.

Aktuell gibt es in Sachsen-Anhalt vier Schulen mit aktiven Schulpartnerschaften bzw. Schüleraustauschmaßnahmen mit Israel. Diese sind die Förderschule (GB) Gerhard Schöne Wolmirstedt, das Domgymnasium Merseburg, das Elisabeth-Gymnasium Halle (Saale) sowie das Landesgymnasium für Musik Wernigerode.

Das diesjährige „Eurocamp“, eine von der Staatskanzlei geförderte internationale Jugendbegegnung in Sachsen-Anhalt, wurde in diesem Jahr erstmals auch für Teilnehmende

aus Israel geöffnet. Bislang war der Kreis der teilnehmenden Länder auf Mitgliedstaaten des Europarats beschränkt.

In jüngster Vergangenheit gaben antisemitische Kunstwerke im Rahmen der documenta fifteen den Auslöser, dass bundesweit über Antisemitismus im Kunstbetrieb gesprochen und auch kontrovers gestritten wurde. Umso erfreulicher sind daher die Planungen der Kunst-Messe „KUNST/MITTE“ in Magdeburg, welche sich auf zeitgenössische Kunst besonders aus Mitteldeutschland fokussiert, aber auch der internationalen Kunstszene offensteht: Im Jahr 2024 wird Israel als offizielles Partnerland der KUNST/MITTE-Messe eingebunden, ein entsprechender Kooperationsvertrag ist bereits geschlossen. Die Hälfte der Messeräumlichkeiten werden von Kunstwerken israelischer Künstlerinnen und Künstler bespielt. Dies bietet die Möglichkeit, israelische Kunst in Sachsen-Anhalt ins Rampenlicht zu rücken und den künstlerischen Austausch zwischen Israel und unserem Land zu fördern.

Am 23. August 2023 fand der Projekttag „Israel – anders kennen lernen“ in Magdeburg statt, der von der Israelischen Botschaft in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung organisiert wurde. Der Ministerpräsident und der israelische Botschafter waren als Schirmherren am Projekttag anwesend. In Workshops hatten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte die Möglichkeit, die vielen Facetten Israels und des Judentums kennenzulernen und mehr über das gesellschaftliche, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Leben in Israel zu erfahren. Außerdem beteiligten sich verschiedene Institutionen, etwa der jüdische Landesverband und die RIAS-Meldestelle, und informierten über ihre Arbeit.



Blick auf die „Klagemauer“ in Jerusalem

Auf politischer Ebene bestehen seit langer Zeit freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Sachsen-Anhalt und Israel. Auch gegenseitige Delegationsreisen auf politischer Ebene haben stattgefunden und sind in Zukunft geplant.

Der Ministerpräsident ist gemeinsam mit vielen weiteren aktiven wie ehemaligen Politikern Mitglied der gemeinnützigen Jerusalem Foundation. Diese Organisation ist international tätig und initiiert seit 1966 Projekte in Jerusalem, die dabei helfen, die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen besser miteinander in Kontakt zu bringen.

Hoffnungen auch für die Beziehungen zu Israel verbinden sich mit der Ansiedlung des Chipherstellers Intel in Magdeburg. Intel

unterhält in Israel mehrere Stätten zur Entwicklung und Produktion. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche Intel-Mitarbeitende mit ihren Familien temporär oder vielleicht auch längerfristig in Magdeburg und Umgebung ansässig werden. Vor allem für die beiden jüdischen Gemeinden in der Landeshauptstadt ist das eine Chance, die unbedingt genutzt werden sollte. Hilfreich wäre es, Angebote zu machen, Anknüpfungspunkte für Sprache, Religion und Begegnung zu bieten.

Die in Wittenberg ansässige Agentur ConAct ist im Auftrag der Bundesregierung seit mehr als 20 Jahren das bundesweite Koordinierungszentrum für den Jugendaustausch zwischen Deutschland und Israel. ConAct unterstützt bei der inhaltlichen und organisatorischen

Verwirklichung deutsch-israelischer Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogramme und richtet Fachveranstaltungen zur Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes aus. ConAct ist eine Einrichtung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und arbeitet in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt. Es verwaltet im Auftrag des Bundesministeriums alle Fördermittel für den deutsch-israelischen Jugendaustausch. Die Israel Youth Exchange Authority ist die Partnerorganisation von ConAct in Israel.

Seit der Gründung von ConAct im Jahr 2001 in Anwesenheit von Bundespräsident Rau besteht die Absicht, die Agentur zur Keimzelle für ein hoffentlich entstehendes Deutsch-Israelisches Jugendwerk zu machen. ConAct bringt dazu alle notwendigen Voraussetzungen

mit und ist seitens des Bundes in alle laufenden Prozesse Richtung Jugendwerk intensiv eingebunden. Die Lutherstadt Wittenberg, seinerzeit bewusst als Sitzort gewählt, steht in besonderer Weise für die Ambivalenz deutsch-jüdischer Geschichte und Gegenwart und ist der richtige Ort für Begegnung und Dialog junger Menschen über die Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel.

Die Bundesregierung hält im aktuellen Koalitionsvertrag an der Absicht zur Errichtung eines deutsch-israelischen Jugendwerks fest. Im September 2022 unterzeichnete die zuständige Bundesjugendministerin mit der israelischen Bildungsministerin hierzu eine Absichtserklärung. Die Landesregierung unterstützt diese Bemühungen, steht zum Ausbau der Agentur ConAct und auch für die Zukunft zu den als Sitzland eingegangenen Verpflichtungen.

Ziele 2024

- » Solidarität mit dem Staat Israel und mit seiner Zivilgesellschaft
- » Mehr Partnerschaften auf den verschiedenen Ebenen von Land und Kommunen
- » Wittenberg soll Sitz des geplanten Deutsch-Israelischen Jugendwerks werden

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Arbeitsgruppen in Magdeburg und Halle-Umland

Die Gesellschaft fördert die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und setzt sich dafür ein, ein realistisches Israel-Bild zu vermitteln. Denn häufig wird Antisemitismus hinter Kritik am Staat Israel versteckt. Gegen diese Vorurteile hilft nur Aufklärung über die Realität im Nahen Osten im Allgemeinen, und in Israel im Besonderen. Dazu organisiert die Deutsch-Israelische Gesellschaft zahlreiche öffentliche Veranstaltungen oder beteiligt sich an diesen, beispielsweise zum 75jährigen Bestehen des Staates Israel, bei der „Meile der Demokratie“ in Magdeburg oder am Israel-Tag in der Hochschule Magdeburg-Stendal. Neben der Verteilung von Infomaterial und der Erläuterung von Hintergründen geht es vor allem um den direkten Dialog.



Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. – AG Magdeburg
<https://www.dig-magdeburg.de/>



Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. – AG Halle-Umland
<https://halle-umland.deutsch-israelische-gesellschaft.de/>

Verbindliche Strukturen schaffen und sichern

Welche Ziele sollten im Landesprogramm aus dem Jahr 2020 prioritär erreicht werden?

- » Überprüfung der Position und Ausstattung des Ansprechpartners in der Staatskanzlei
- » Handlungsbedarf im Zuge der Haushaltsaufstellung ab 2022 für die Landesregierung und den Haushaltsgesetzgeber

Ziele 2020

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Die Stärkung des jüdischen Lebens in unserem Land und der Kampf gegen Antisemitismus sind als Aufgaben langfristig zu denken. Deshalb ist es wichtig, Strukturen zu schaffen und zu sichern, die nachhaltig wirken und nicht von kurzfristigen politischen Konjunktoren abhängig sind.

Die Berufung eines zentralen Ansprechpartners in der Staatskanzlei, direkt beim Ministerpräsidenten angebunden, hat sich bewährt. Die personelle Untersetzung in seinem Verantwortungsbereich ist inzwischen auskömmlich. Der Koalitionsvertrag sieht die Aufwertung und Weiterentwicklung der

Position des Ansprechpartners zum weiterhin weisungsunabhängigen Antisemitismusbeauftragten vor. Die Staatskanzlei bereitet die entsprechende Umsetzung vor. Gemeinsam mit 14 weiteren Landesbeauftragten und dem Bundesbeauftragten gehört der Ansprechpartner der „Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“ an, die von den Regierungschefinnen und Regierungschefs am 6. Juni 2019 errichtet wurde.

Die Zusammenarbeit aller Ressorts in der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gegen Antisemitismus“ (IMA) unter dem Vorsitz des Ansprechpartners hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden. Die IMA konsultiert

regelmäßig den jüdischen Landesverband als wichtigsten Kooperationspartner. Mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Themenfelder, die das Landesprogramm berührt (Bildung, Religion, Zivilgesellschaft, Partizipation, Diversität, Kultur, Sicherheit, Opferschutz, etc.), besteht erheblicher Koordinierungsbedarf, um zielführend zu handeln und parallele Aktivitäten zu vermeiden.

Mit dem „Beirat für jüdisches Leben des Landes Sachsen-Anhalt“ hat sich am 13. Oktober 2022, berufen durch den Ministerpräsidenten auf Vorschlag des Ansprechpartners, ein unterstützendes Gremium konstituiert, dessen Mitglieder ein breites Spektrum aus Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft repräsentieren inklusive wie dargestellt der jüdischen Gemeinschaft selbst. Sie verfügen über Erfahrungen bei der Begleitung politisch-administrativer Prozesse. Der Beirat soll durch gezielte Unterstützung in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Stärkung jüdischen Lebens im Land beitragen und öffentliche Präsenz für das Thema unterstützen. Damit unterstützt er den Ansprechpartner bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, unterbreitet Vorschläge und gibt Stellungnahmen ab. Im Rahmen der Förderrichtlinie jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt wirkt er als Fachbeirat mit.



Mitglieder des Beirats für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt

Ziele 2024

» Weitere Stärkung der aufgebauten Strukturen

Welche Ziele stehen derzeit prioritär auf der Agenda der Landespolitik?

Aus der Praxis



Interview mit
Dr. Wolfgang Schweiß,
Ansprechpartner für
jüdisches Leben in
Sachsen-Anhalt und
gegen Antisemitismus

Worauf konzentrieren Sie sich in Ihrer Arbeit?

Mein Ziel ist es, die jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt zu unterstützen, damit sie sich in unserem Land weiter gut entfalten und ein fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens sein und bleiben können. Da aber Antisemitismus auch in Sachsen-Anhalt eine alltägliche und alltagsprägende Erfahrung ist, muss dagegen vieles getan werden: durch den Schutz der Einrichtungen, die Hilfe und Beratung für Betroffene, durch ein breites Monitoring, durch Sensibilisierung, Prävention und Intervention. Ein „Beauftragter“ kann hierzu unterstützend wirken. Letztlich handelt es sich aber um eine Aufgabe für unsere ganze Gesellschaft.

Was empfehlen Sie Menschen, die sich näher mit dem Thema beschäftigen wollen?

Meine Empfehlung lautet: persönliche Begegnung. Jede und jeder in Deutschland kann jüdisches Leben persönlich kennenlernen. Synagogen kann man besuchen, Rabbiner kann man befragen, die Angebote der Gemeinden bieten viele Möglichkeiten, das Leben und den Glauben von Jüdinnen und Juden persönlich kennenzulernen. Wer weiß, wie Juden heute in Deutschland denken, empfinden und leben, der ist auch sensibel, wenn es um das Thema Antisemitismus geht.



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

<https://stk.sachsen-anhalt.de/staatskanzlei-und-ministerium-fuer-kultur/ansprechpartner-fuer-juedisches-leben-in-sachsen-anhalt-und-gegen-antisemitismus>

Die Umsetzung des Landesprogramms geht weiter

Das hier vorgelegte Update 2024 zum „Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ beschreibt zur Mitte der 8. Legislaturperiode des Landtags einen Arbeitsstand der Landesregierung und markiert Ziele für die kommenden Jahre. Es zeigt: Die begonnene Arbeit muss weiter gehen. Es zeigt aber auch: Sachsen-Anhalt meint es ernst mit den gegebenen Zusagen. In den letzten Jahren wurde einiges erreicht.

Ein vergleichender Blick auf die Nationale Strategie der Bundesregierung und auf die Aktivitäten in anderen Ländern zeigt außerdem: Die Schwerpunkte in Sachsen-Anhalt sind richtig gesetzt.

Deshalb wird die Landesregierung den eingeschlagenen Weg fortsetzen und insbesondere die Ziele, die in diesem Bericht als prioritär auf die Agenda gesetzt wurden, mit großer Energie weiterverfolgen.

Der Bogen wird damit bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode gespannt.

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat für die jüdische Gemeinschaft überall in der Welt, auch in Sachsen-Anhalt, eine veränderte Lage geschaffen. Die Folgen daraus sind noch längst nicht absehbar. Natürlich stellt das auch die Ansätze dieses Landesprogramms neuerlich auf den Prüfstand. Die Grundlinie der Landesregierung aber bleibt: Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus.

Entschieden staatliches Handeln, die Schaffung und Festigung belastbarer Strukturen: das sind zentrale Säulen, die notwendig sind, um die entsprechenden Bemühungen auf Dauer zu tragen. Zugleich braucht es eine entschlossene und handlungsbereite Zivilgesellschaft und eine starke jüdische Gemeinschaft als ein wichtiger Teil von ihr.

Fotonachweise

Bildrechte	Seite
Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt	5
Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt	12
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, D. Grunow	13
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt	14
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt	17
Stadt Dessau-Roßlau, Oliver Harloff	19
Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt	21
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt	23
Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt	25
Bildagentur iStock (PUGUN SJ)	27
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt	29
Bildagentur Shutterstock (guteksk7)	30
Stadt Dessau-Roßlau, Oliver Harloff	36
Stadt Halle (Saale), Thomas Ziegler	37
Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt	39
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt	41
Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt	45
Jüdische Gemeinde in Halle (Saale)	51
Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt u. Bildagentur iStock (BetNoire)	53
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt	55
Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Lavinia Zankl	56
Michel Winter für die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin	58
Sebastian Lehner / Kreatives, 2019	59
Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt	61
Berend Lehmann Museum für jüdische Geschichte und Kultur	63
Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt	65
Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt	66
Stadt Halle (Saale), Thomas Ziegler	71
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.	74
Christoph Maier / Ev. Akademie Sachsen-Anhalt	75
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, D. Grunow	77
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, D. Grunow	79
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, D. Grunow	83
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, D. Grunow	84
Umschlag: Bildagentur iStock (Evgeny Babaylov)	

Impressum

Herausgeber:

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur
des Landes Sachsen-Anhalt

Ansprechpartner für jüdisches Leben
in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus

Hegelstraße 40

39104 Magdeburg

Telefon: +49 391/567-6727

E-Mail: ansprechpartner-antisemitismus@stk.sachsen-anhalt.de

Internet: <https://lsaur.l.de/AnsprechpAntisemitismus>

Design: hummelt und partner | Werbeagentur GmbH

Stand: Dezember 2023

